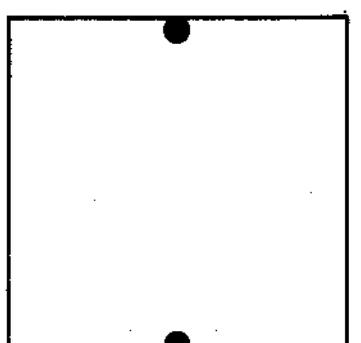
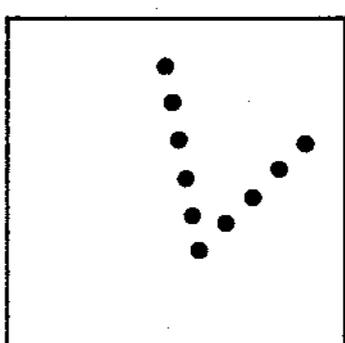
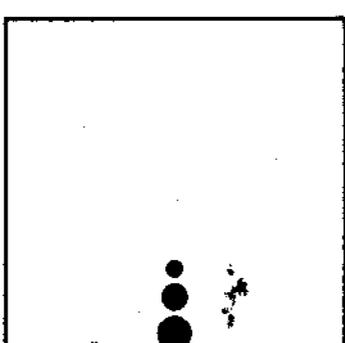
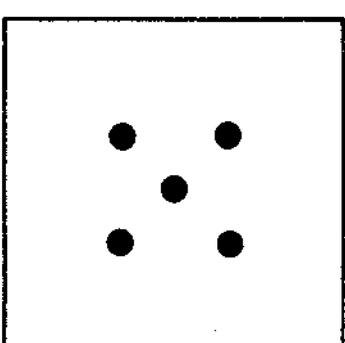
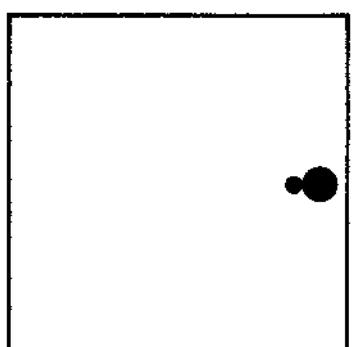
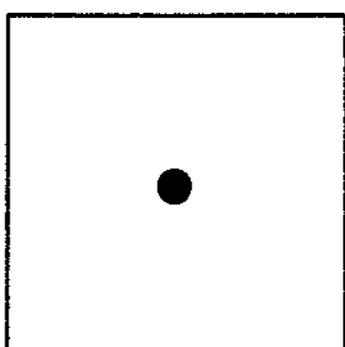
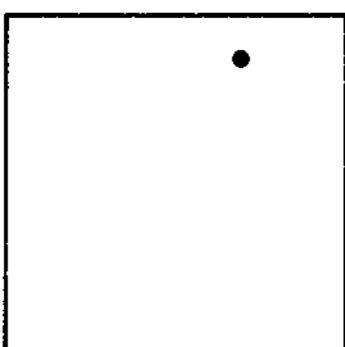
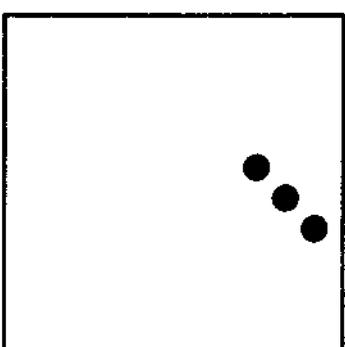
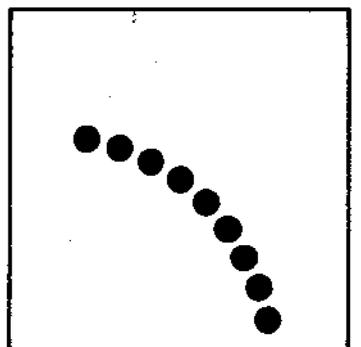
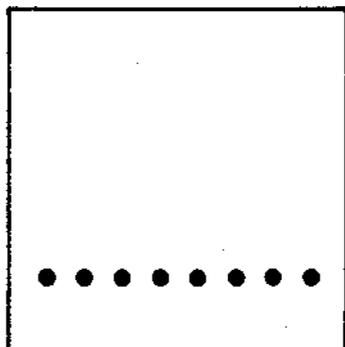
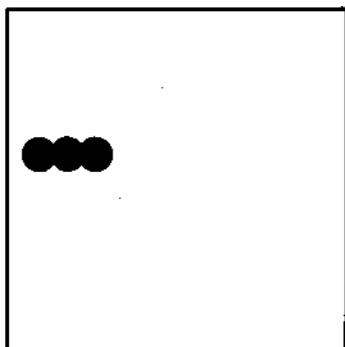
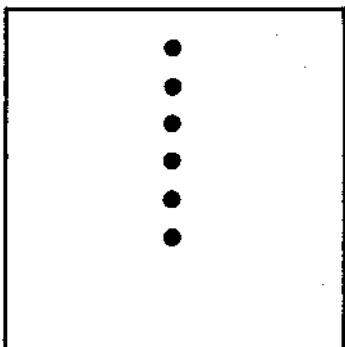
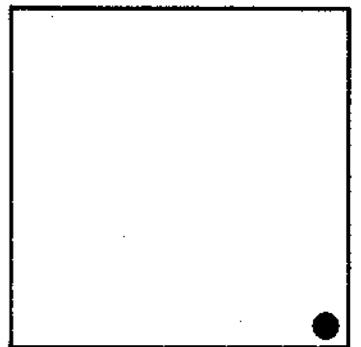
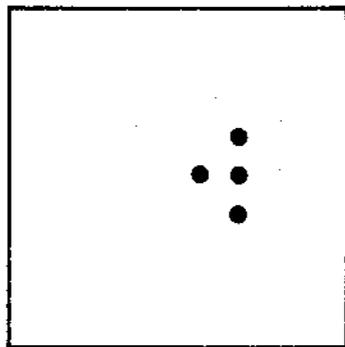
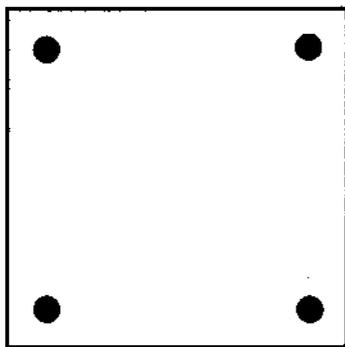
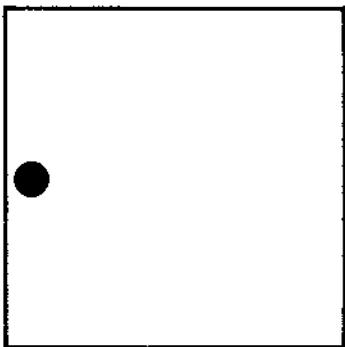
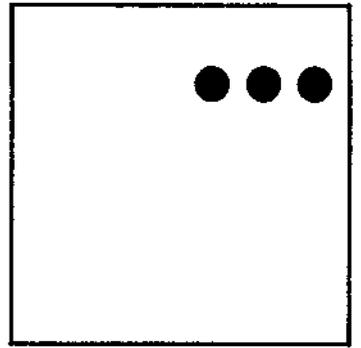
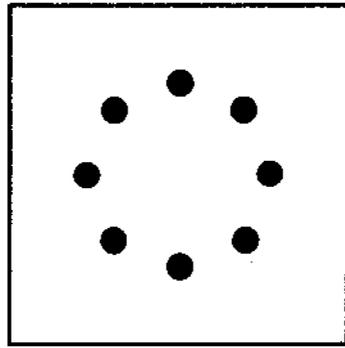
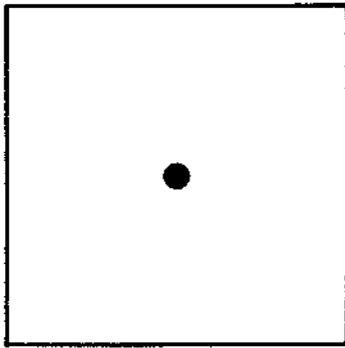
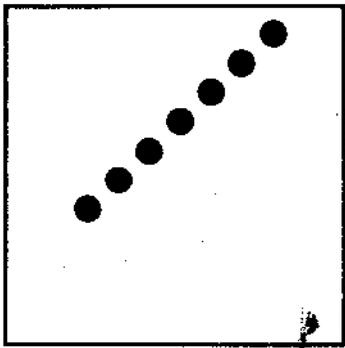


skolast

der fahrende skolast-zeitschrift der südtiroler hochschüler - nummer 3 - august 1973 - 18. jahrgang



SH - INFORMATIONEN	Seite
Georg Fulterer: Im Interesse der SH: Resonanzfrequenzspektren vom Quasi-Hohlraumresonatoren	3
Georg Fulterer: Tätigkeitsbericht	3
Martin Schweiggel: Stipendien und Inflation	5
Neuer Ausschuß und neuer Vorsitzender für das Geschäftsjahr 1973-74	5
Dr. David Kofler: Lehrbefähigung und Fächergruppierung	6
Resolution des Ausschusses der Südtiroler Hochschülerschaft	6
Georg Fulterer: Statistik	7
REPORTAGE	
Rita Mair / Gottfried Solderer: Sechstes Gebot: Daß ich Unkeuschheit getrieben habe - Dokumentation Fall „Larcher“	10
ZUR STUDIENTAGUNG	
Walter Gufler / Herbert Platzgummer: Analyse der Studientagung	13
Dr. Giovanni Spagnolo: Impressioni sul Convegno di studi della SH	14
Sergio Venco: La lingua nella convivenza dei gruppi etnici nel Sudtirolo	14
Herbert Platzgummer: Die Rolle der Sprache bei der Gruppenbildung	15
Entschliessung	18
STAAT UND MINDERHEITEN	
Samo Pahor: Le vie dell'assimilazione e dell'oppressione delle minoranze linguistiche e nazionali	19
Helmut Gritsch: Zur Bildungsplanung	21
LESERBRIEF	22
PROMOTIONEN	22

TITELBILD:
„Punkt Informationen“ von Roland Prünster

Für den Landesausschuß Bozen wird ein Jurist gesucht. Anfragen an Herrn Dr. Mair, Landesausschuß Bozen, Telefon 26 2 22

**SKOLAST - SONDERNUMMER
zur STUDIENTAGUNG 1973**

„Die Sprache im Zusammenleben der Volksgruppen in Südtirol“.

Die Referate und Diskussionen der heurigen Studientagung werden voraussichtlich im Oktober in einer SKOLAST - SONDERNUMMER erscheinen und allen Abonnenten zugesandt werden.

Weitere Interessenten können diese Nummer im Sekretariat der SH (Waltherhaus-Bozen, Tel. 24 6 14) vorbestellen.

SH - INFORMATIONEN

Im Interesse der SH: Resonanzfrequenzspektren von Quasi-Hohlraumresonatoren

An die Spitze meines Kurzartikels möchte ich das erste Newtonsche Gesetz, das den meisten als Trägheitsgesetz besser bekannt sein dürfte, stellen: « Jeder Massenpunkt verharrt im Zustand der Ruhe, oder der geradlinigen gleichförmigen Bewegungen, bis dieser Zustand durch das Einwirken anderer Körper beendet wird ».

Was ist ein Quasi-Hohlraumresonator (QHR)? Definition und Beschreibung: Ein QHR ist ein beliebig geformtes « Gefäß », das durch einen porösen, elastischen Mantel von der Außenwelt getrennt ist und nur durch ein Spezialventil, das die einzige Öffnung dieses Mantels verschließt, mit dieser in Kontakt ist. Die poröse Wand gestattet ein je nach Richtung und Stärke des Druckgefälles verschiedenes Hinein- oder Herausdiffundieren von Materie. Im Ventil ist ein Sender eingebaut. Das Ganze wird als Resonator bezeichnet, weil die Materieteilchen im Hohlkörper nur bei einer ganz bestimmten Anregungsfrequenz, die von mehreren Faktoren abhängt und diesen möglichst gut anzupassen ist, so schwingen, daß die Wand nicht überlastet wird und zu Bruch geht und sie zudem ein maximales Druckgefälle von außen nach innen bewirken. Anregungsmechanismus und Resonanzmasse unterliegen dem Trägheitsgesetz.

Das Problem, auf welches ich mein Hauptaugenmerk legen möchte, besteht nun in der Frequenzabstimmung im QHR SH sowie in der Untersuchung einiger Spektren der resultierenden Resonanzfrequenzen. Als Unterlagen hierzu dienen einmal die statistischen Ergebnisse der Meinungsumfrage über die SH zu Ostern d.J., zum andern ein sog. « Stimmungsbarometer ». Ich glaube, daß das Experiment auch von Nicht-Naturwissenschaftlern durchaus durchschaut werden kann.

Die SH befindet sich in einer Krise, die Lage der SH ist katastrophal, die SH kümmert sich mehr

um politische Fragen als um spezifisch studentische Probleme, sie ist nicht repräsentativ, zu wenig lukrativ; ihre « Politik » zu wenig opportunistisch, aber auch zu unvorsichtig, geradezu bedenklich und schlecht. Unser Verein ist aber auch nützlich, zumindest notwendig oder man hat keine bestimmte Meinung über die SH, man ist über die SH-« Politik » kaum informiert, man findet sie aber auch überflüssig und uninteressant, im gesamten eher negativ. Ungefähr dies lieferten die Aussagen der bereits zitierten Fragebogenaktion sowie des Wahlkampfes anlässlich der Ausschuswahl in Innsbruck.

Aus all dem zu schließen ist die SH nicht sehr begeisterungsfähig, man ist an ihr nicht sehr interessiert.

Man fragte sich nach dem Warum, fand aber keine genügende Antwort. Gewiß, Informationsmangel und Interesselosigkeit sowie fehlende Durchschlagskraft sind die vordergründigen Haupttöbel. Der wahre Grund aber liegt meiner Meinung nach in der überheblichen Selbstverständlichkeit, mit der man die Arbeit einiger Kollegen und des SH-Sekretariats kostenlos beansprucht. Ausgelöst wurde dies zweifelsohne durch einen zu großzügig gehandhabten Liberalismus in unserem Verein. Dadurch haben die Dienste der SH an Wert verloren, das Engagement erlosch, das direkte Interesse ging zurück; schließlich zerbrach der Kontakt zwischen dem einzelnen Hochschüler und der Organisation. Die Resonanzfrequenzen des QHR verschoben sich allmählich, ohne daß es die SH-Führung gleich bemerken konnte, sozusagen in den Ultraschallbereich; der Einzelne ist nicht mehr direkt ansprechbar, da nicht erreichbar. Diese Verschiebung wiederum findet ihren Grund in der Trägheit der Masse, im Bestreben jedes mechanischen Systems, seine potentielle Energie möglichst gering zu halten.

Meiner Ansicht nach gibt es nun zwei Methoden, um den Studenten wieder auf die SH aufmerksam zu machen:

- a) eine aggressiv-direkte: man stellt ihn vor die Wahl: entweder du wirst Mitglied in unserem Verein und kommst in den Genuß unserer Arbeit oder du verzichtest auf beides;
- b) eine pazifistisch-überzeugende: man versucht den Studierenden in einer Diskussion zu überzeugen, daß ihm und allen südtiroler Hochschülern die SH nur dann mit größerer Durchschlagskraft helfen kann, wenn sie auch über die nötige Basis verfügt, daß also möglichst alle Mitglieder werden sollen.

Diese zweite Methode zeigte sich in letzter Zeit als eher unwirksam. Der Angesprochene anerkannte momentan den Wert der SH- man war sozusagen auf gleicher Wellenlänge er war bereit, Statistikbogen und ausnahmsweise auch die Beitrittsklärung auszufüllen. Doch glaubte er, damit seine Pflicht wohl erfüllt zu haben und versank in jener Senke, die ihm ein Minimum an Energieaufwand garantierte: in der Interesselosigkeit- und ward nie mehr geseh'n, außer es war ein lukrativer Köder in Sicht.

Als Ausweg bleibt also nur die Methode a): ein härteres Durchgreifen. Dies erfordert jedoch auch ein entsprechendes Angebot, da sonst nur das Gegenteil von dem erreicht würde, was beabsichtigt war. Notgedrungen müßte das Programm der einzelnen Gruppen attraktiver gestaltet und die Aktivität erhöht werden; der circulus vitiosus wäre damit geschlossen, aber hier zum Guten.

Ich bin mir völlig im klaren darüber, daß diese von mir geforderten Maßnahmen nicht sehr populär sind, aber dennoch zielführender wären, als ein Bitten und Betteln um den Beitritt.

Georg Fulterer

Tätigkeitsbericht

Der SH wurde in letzter Zeit öfters vorgeworfen, daß sie sich viel zu wenig um studentische Probleme interessiere und sich nicht im Sinne der Südtiroler Studenten eingesetzt habe. Der folgende Tätigkeitsbericht möchte aufzeigen, daß diese Vorwürfe zu Unrecht erhoben wurden; nach außen hin schien sich wohl jegliche Aktivität auf den Schwerpunkt « Hochschul-

frage-Werkstudentenkurse » zu konzentrieren, doch es wurde daneben in vielen anderen Bereichen gearbeitet. Daß dem einzelnen Studierenden ein Teil des Operationsfeldes der SH nicht bekannt ist, hat seinen Grund in der Schwierigkeit eines Informationsaustausches zwischen dem Vorstand und dem Ausschuß auf der einen und dem einzelnen Hochschüler auf der anderen

Seite; Rundschreiben, Protokolle über die Ausschusssitzungen und auch der SKOLAST wandern nur allzuoft direkt aus dem Postkasten in den Papierkorb. Trotzdem erachtet es der Vorstand der SH für notwendig, über seine Tätigkeit im laufenden Geschäftsjahr im SKOLAST zu berichten.

Die wichtigsten Tätigkeitsgebiete der SH sind: 1. Studentitelangele-

genheiten, 2. Studienbeihilfen, 3. Kontakte zu Oberschülern und Werkstudenten, 4. Hochschulfrage und Werkstudentenkurse, 5. Beiträge auf dem Bildungssektor, 6. Studententagung, 7. Skolast, 8. Statistik.

Zu 1. a) Forderung nach Vereinfachung der Anerkennungsformalitäten österreichischer Studientitel in Italien: im Außenministerium in Rom bei Prof. Leonardi, an Universität Padua bei Prof. Sartori und Dr. Quatraro wurde vorgeschlagen, um in Erfahrung zu bringen, ob der Instanzenweg, den die Gesuche zurücklegen müssen, so verkürzt werden kann, daß es im wesentlichen auf einen formalen Gleichstellungsakt durch den Rektor der betreffenden italienischen Universität ankommt, da die Gleichstellung als solche ja durch das zwischenstaatliche Abkommen geregelt und gesichert ist. Im Laufe dieser sondierenden Gespräche hat sich die grundsätzliche Möglichkeit einer solchen Regelung herauskristallisiert. Da sich dieses Unternehmen noch im Anfangsstadium befindet und es noch klarer rechtlicher Untersuchungen bedarf, konnte noch nichts weiteres unternommen werden. b) Intervention bezüglich Dekret über die Ausweitung des österreichisch-italienischen Studientitelabkommens: Vertreter der SH haben beim Unterrichtsministerium und beim Abg. Dr. Mitterdorfer darauf gedrängt, daß das betreffende Ministerialdekret, das eine wesentliche Ergänzung zum bisherigen Abkommen darstellt, erlassen wird und damit rechtskräftig werden kann. Infolge der Regierungskrise ist wieder alles im Sande verlaufen, sodaß sich die SH genötigt sieht, zu insistieren. c) Kontaktgespräche wegen Anerkennung bundesdeutscher Studientitel: Der Vorstand ist nach wie vor bemüht, eine Erleichterung in der Prozedur bei der Anerkennung bundesdeutscher Studientitel durch eine italienische Universität zu erreichen. In dieser Angelegenheit hat sich unser Studententitelreferent mit dem Rektor der Universität München und mit Prof. Bengtson in Verbindung gesetzt, auf der anderen Seite mit der Uni Padua. Das vorläufige Ziel wäre es, eine Anerkennung zwischen zwei Universitäten, in diesem Falle zwischen München und Padua zu erwirken, da ein Vertrag im Rahmen der EG oder ein zwischenstaatlicher Vertrag zwischen Italien und der BRD wegen der Kulturautonomie der bundesdeutschen Länder nicht ohne weiteres möglich ist.

Zu 2. a) Stipendien für Dissertanten: das heuer in Angriff genommene Projekt, für Studenten im Dissertationsstadium ein zusätzliches Stipendium zu erwirken, hat Aussicht auf Erfolg. Da sich auf die Veröffentlichung in der letzten SKOLAST-Nummer Interessenten gemeldet haben, wird anhand dieser «Modellfälle» in Gesprächen zwischen dem Präsidenten der Sparkasse Dr. Brandstätter, dem Präsidenten des Südtiroler Kulturinstitutes, Abg. Dr. Mitterdorfer und einer SH-Vertretung eine endgültige Regelung getroffen werden, zumal alle die Not-

wendigkeit einer derartigen Unterstützung einsehen.

b) In Gesprächen mit dem Schulassessor Dr. Zelger hat man (der Vorsitzende) über die Möglichkeit der Schaffung eines sogenannten Rotationsfondes beraten, aus dem Studenten unabhängig von ihrer finanziellen Lage für die Dauer ihres Studiums Darlehen zu einem sehr günstigen Zinsfuß (maximal 3%) beziehen könnten. Da nach Studienschluss das Geld wieder zurückgegeben werden müßte, wäre die Finanzierung des Vorhabens nur in einer Anfangszeit von ca. 10 Jahren ein Problem. Es befindet sich ein Konzept in Ausarbeitung, das Vorhaben ist noch im Planungsstadium.

Zu 3. a) Mathematik-Kurse für Maturanten der klassischen Lyzeen: diese Kurse wurden heuer zum dritten Male durchgeführt und zwar in 6 Klassen. Dadurch wurde einem starken Bedürfnis Rechnung getragen, denn besonders in diesem Fach ist das Bildungsgefälle zwischen In- und Ausland sehr groß und bei einem technischen oder naturwissenschaftlichen Weiterstudium sehr hinderlich.

Die Kurse fanden während des Schuljahres statt und wurden zur vollen Zufriedenheit der Beteiligten abgewickelt.

b) Besuch der Maturaklassen zur Beantwortung praktischer Fragen: im Laufe der letzten Schulmonate besuchte eine Abordnung, die aus dem Vorsitzenden, dem Fräulein Sekretärin und dem Innenreferenten bestand, die meisten Maturaklassen in Bozen, Meran, Brixen und Schlanders. Der Hauptzweck dieser Besuche bestand darin, einen kurzen Überblick über Fragen zu geben, die sich bei Studienbeginn dem Hochschüler stellen, und den Maturanten unseren Verein näherzubringen.

c) Maturantenführer: im Mai konnte der Kulturreferent unseren Maturantenführer «Informationen für Südtiroler Maturanten» in Zusammenarbeit mit dem Amt für Berufsberatung herausgeben. Diese Broschüre bietet auf 75 Seiten erste Informationen über das Studium, die Lebenshaltungskosten und Stipendienmöglichkeiten in Österreich, der BRD und in Italien sowie besonders den Studienanfänger interessierende Anschriften.

d) Kontaktgespräch mit der Hochschulgruppe Bozen (HGB-Werkstudenten beim Südt. Bildungszentrum): mit dem Vorstand der vor kurzem gebildeten HGB versuchte eine SH-Abordnung bestehend aus vier Vorstandsmitgliedern in einer Diskussionsrunde zu erforschen, inwieweit und ob überhaupt gemeinsame Interessen vorhanden seien und wie sich eine Zusammenarbeit der beide Studentenvereinigungen entwickeln ließe. In einer einstimmig gefaßten Erklärung wurde festgehalten, daß man als gleichberechtigte Partner in gemeinsamen Anliegen eine sachliche Zusammenarbeit anstreben will.

Zu 4. a) Vorschlag des Vorstandes zur internationalen Zusammenarbeit: auf vielseitiges Drängen hin hat der Vorstand der SH im Auftrage des Ausschusses ein «Pro-

memoria der SH zur Frage der internationalen Zusammenarbeit auf Hochschulebene in Südtirol» verfaßt. (siehe SKOLAST Nr. 2/73). Die SH vertritt darin konsequent ihr Konzept, das die Zusammenarbeit von in- und ausländischen Universitäten — in diesem konkreten Fall zwischen Innsbruck und Padua — als Kernstück enthält.

b) Werkstudentenkurse: dieser Problembereich wurde in der Landesschulkommission, in der auch Vertreter der SH sitzen, ausführlich diskutiert. Man stimmte der Einführung eines vierten Jahres bei den Supplentenkursen in Brixen zu, da dies der nächstliegende Ausweg war.

Zu 5. a) Mitarbeit der SH in der Landesschulkommission: in der Landesschulkommission einem beratenden Organ des Schulassessors, ist die SH durch die Kollegen Alton Kufstatscher und Tappeiner stimmberechtigt vertreten; auch in den Unterkommissionen sitzen fallweise SH-Exponenten. Dieses Gremium behandelte, bzw. behandelte zur Zeit noch folgende Fragenkomplexe: Gesetzentwurf für Reform der Oberschulen, Hochschulfrage, Supplenten- und Werkstudentenkurse, Bildungsplanung, Studientitelfragen, Regierungsentwurf zur Hochschulreform, Durchführungsbestimmungen zur Schulautonomie, Gesetzentwurf für ein Landesgesetz über den Landesschulbeirat; in einer sog. ad hoc-Kommission für dringliche Angelegenheiten befaßt man sich zur Zeit mit dem «stato giuridico» für das Lehrpersonal der Volks- und Mittelschulen und einem Entwurf für das Kindergartengesetz.

b) Vertreter der SH im Pädagogischen Institut: Das vor kurzem von den Südtiroler Schulverbänden KSL, ASM, Verein latinischer Lehrer, Landesverband der Kindergärten, dem Referat für Weiterbildung und dem SKI gegründete Pädagogische Institut ist ein Privatverein, das von einem Direktorium geleitet werden soll. Sinn und Zweck des Pädagogischen Instituts ist, grob gesagt, die Weiterbildung der Lehrkräfte. Um im Ausschuß auch die Anliegen der Studenten zu berücksichtigen, hat man der SH die Entsendung eines Vertreters in den Ausschuß vorgeschlagen; auf diesen Vorschlag wurde gerne eingegangen.

c) Interessen der SH auf dem Sektor Weiterbildung: im Rahmen der Bildungsplanung wurde eine eigene Abteilung für Weiterbildung geschaffen: der Aktionsrat für Weiterbildung, der die vielschichtigen Veranstaltungen vorschlagen und koordinieren soll; die SH wurde eingeladen, einen ständigen Vertreter in dieses Gremium zu delegieren, da man die Vorstellungen und Vorschläge der Hochschüler berücksichtigen möchte; auch dieser Einladung wurde entsprochen.

Zu 6. Studententagung: Vom 28. Juni bis 1. Juli hat die SH in Bozen eine Studententagung unter dem Titel «Die Sprache im Zusammenleben der Volksgruppen in Südtirol» veranstaltet. Obwohl die Thematik keineswegs anachronistisch war — der Tagungsverlauf selbst hat dies gezeigt — glänzten die Hochschüler

im allgemeinen und die Ausschussmitglieder im besonderen durch ihre Abwesenheit. Trotzdem war die Tagung ein Erfolg, die Referate und Diskussionen lieferten durchwegs neue Aspekte, als Ergebnis liegt eine EntschlieÙung vor, die an anderer Stelle abgedruckt ist.

Zu 7. SKOLAST: unsere Studentenzeitung hat sich nach den Tiefschlägen der letzten Jahre wieder erholt und sicherlich auch an Niveau gewonnen; die Aufmachung ist ansprechender, das Spektrum der

Artikel breit. Der Themenschwerpunkt liegt natürlich bei der Bildungspolitik und bei studentischen Fragen. Es sind in diesem Geschäftsjahr bisher vier Nummern erschienen.

Zu 8. Statistik: die SH hat versucht, durch mehr Daten eine genauere Statistik über die Hochschüler zu erstellen. Das Ergebnis der Fragebogenaktion unter den Maturanten 1971/72 ist eher befriedigend — nur von der Zahl der Antworten her gesehen, das Mate-

rial ist noch nicht verarbeitet — als jenes der Umfrage unter den Studierenden im zweiten Studienjahr bzw. im vierten Semester, da bei letzterer nur knapp 50% geantwortet haben. Es erhebt sich nun die grundsätzliche Frage, ob es sinnvoll ist, sich mit Statistik zufriedenzugeben oder ob man nicht doch eine Art Bestandsaufnahme anstreben soll.

Für den Vorstand verfaÙt vom Innenreferenten Georg Fulterer.

Stipendien und Inflation

Obwohl auch in Italien die Preise ständig in die Höhe klettern, werden sich heuer die Maturanten bei der Wahl des Studienortes mehr denn je auch von finanziellen Überlegungen leiten lassen. In Österreich fiel zwar die Teuerungsrate in den vergangenen zwei Jahren mit etwa 12% etwas niedriger aus, doch kommt dazu noch die ungünstige Wechselkursentwicklung (Lireabwertungen und Schillingaufwertungen), die in dieser Periode eine Differenz von etwa 40% bewirkt hat.

Somit stieg der Studienaufwand für einen Südtiroler, der in Österreich studiert, innerhalb von etwas mehr als zwei Jahren um insgesamt ca. 50% und beträgt in vielen Fällen bereits an die 100.000 Lire pro Monat, wobei natürlich vor allem Kollegen ohne Stipendium und Bezieher niedriger und mittlerer Beihilfen von der Wechselkursänderung voll getroffen werden.

Um die soziale Lage der Hochschüler nicht zu verschlechtern, ist eine entsprechende Anhebung der Stipendien unumgänglich. Während jedoch bisher die Aufstockung des Stipendienfonds weitgehend durch die steigende Studentenzahl wieder aufgezehrt wurde, mußte im Studienjahr 1972/73 erstmals ein negativer Trend festgestellt werden: obwohl bereits überdurchschnittlich viele Gesuche abgewiesen wurden, mußte noch die durchschnittliche Stipendienhöhe — wenn auch nur geringfügig — gekürzt werden.

Der Löwenanteil der Stipendiengelder wird in großzügiger Weise von österreichischen Stellen zur Verfügung gestellt, und damit vielen Südtirolern ein Studium im deutschen Sprachraum überhaupt erst ermöglicht. Für den Uneingeweihten, der nur die Reden und Aussprüche unserer Politiker und Kulturgewaltigen kennt, in denen immer wieder die Notwendigkeit und die Vorzüge eines Studiums im deutschen Sprachraum propagiert werden, ist es stets verblüffend, wenn er feststellen muß, daß die Landesregierung nur lächerliche 6% an diesen Stipendien beisteuert. Man muß sich fragen, wie ernst es diesen Leuten bei ihren Beteuerungen ist, wenn man pro Hochschüler kaum mehr als 10.000 Lire jährlich auszugeben bereit ist. Und dies besonders wenn man feststellen kann, wie großzügig in anderen Sparten Gelder ausgeworfen werden. Man denke nur an die vielen Millionen für Sportplätze und Fußballclubs, an das sogenannte «Bädergesetz», mit dem den Hoteliers, die wohl kaum zur sozial unterprivilegierten Schicht gehören, eine halbe Milliarde zugeschanzt wurde; an die großzügigen Subventionen für Industriekonzerne oder an die 25 Millionen Lire, die für die Fluglinie Bozen-Rom ohne Schwierigkeiten flüssig gemacht werden konnten, nur damit einige Privilegierte ein paar Stunden schneller nach Rom kommen und auf Kosten des Steuerzahlers am exklusiven Jet-Appeal mitschnuppern können. Man kann zwar einräumen, daß die Landesregierung für Kultur und Ausbildung generell wenig Mittel zur Verfügung stellt, aber für einen Landwirtschafts- oder Hotelfachschüler werden immerhin etwa eine Million ausgegeben. Da stehen allerdings gut organisierte und einflußreiche Verbände dahinter. Und hier offenbart sich der Teufelskreis, in dem sich die Hochschüler befinden: als sozial und gesellschaftlich schwache Gruppe ziehen sie immer wieder den Kürzeren und ihre Position wird dadurch weiter geschwächt.

Will man das kulturpolitische Ziel, den Großteil der

Südtiroler Studenten an deutschsprachigen Hochschulen auszubilden, weiterhin aufrecht erhalten, so sind umgehende Maßnahmen erforderlich. Denn zu den gestiegenen Kosten in Österreich kommen noch die durchschnittlich längere Studiendauer und die lange Wartezeit und Spesen bei der Studientitelanerkennung, während andererseits in Italien bei vielen Fächern eine ständige Anwesenheit am Hochschulort nicht notwendig ist und nach erfolgtem Ausbau die Universität Trient für den Südtiroler Zentralraum sogar im Pendel-Einzugsbereich liegt. Wenn auf lange Sicht wohl erst mit dem Bezug des italienischen Staatsstipendiums für im Ausland Studierende eine zufriedenstellende Lösung gefunden werden kann, so muß doch die Landesregierung aufgefordert werden, in der Zwischenzeit ihren Anteil an den Stipendien massiv zu erhöhen, will man weiterhin für den Großteil des akademischen Nachwuchses eine Ausbildung in der Muttersprache gewährleisten.

Martin Schweiggel

NEUER AUSSCHUSS UND NEUER VORSITZENDER FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 1973/74

Der neue Ausschuß der Südtiroler Hochschüler schafft setzt sich folgendermaßen zusammen:

Gruppe Brixen:	Hans Pflug
Gruppe Florenz:	Henrich Aukenthaler
Gruppe Mailand:	Gergo Senoner Walter Egger
Gruppe Padua:	Fritz Neumair
Gruppe Rom:	Josef H. Rössler
Gruppe Verona:	Franz-Josef Spinell Carmen Ausserer Paul Seidner Hans v. Lutz
Gruppe Graz:	Josef Oberhofer Peppi Ladurner Christian Felderer Hansjörg Rinner Roland Schwiembacher
Gruppe Innsbruck:	Georg Fulterer Egon Schwarz Helmuth Kaufmann Walter Gufler
Gruppe Salzburg:	Ruth Moroder
Gruppe Wien:	Herbert Kaserer Christian Alton Hermann Brugger Karl Tragust Anton Mair
Gruppe München:	Franz Wunderer
Der Altvorsitzende:	Walter Tappeiner

Vorsitzender: In der Ausschußsitzung vom 6. Juli 1973 wurde SEPP KUSSTATSCHER (Villanders - Gruppe Brixen) zum Vorsitzenden für das Geschäftsjahr 1973-74 gewählt.

Lehrbefähigung und Fächergruppierung

Nach fünf-bis sechsjähriger Studiendauer kann der junge Doktor bei Aufnahme seiner Lehrtätigkeit feststellen, daß er auch solche Fächer unterrichten muß, die in seiner Studienkombination nicht vorgesehen waren, während er das, was er während des Studiums im zweiten Fach sich angeeignet hat, oft überhaupt nicht anwenden kann. Auf die unterschiedlichen Schulordnungen in der Bundesrepublik und in Österreich, wo der Lehrer in der Regel nur die Fächer unterrichtet, in denen er während seiner Studienzeit ausgebildet wurde, und in Italien, wo die Lehrstühle an mittleren und höheren Schulen mit bestimmten Fächerkombinationen gekoppelt sind, sowie auf die optimale Fächerauswahl für Neuinskribenten weist dieser Artikel hin, den Vizeschulamtsleiter Dr. David Kofler zusammengestellt hat. Das Beispiel zeigt, wie dringend eine Reform und Vereinheitlichung der Studienordnungen in der Europäischen Gemeinschaft erforderlich ist.

Diese kurze Abhandlung hat den Zweck, die Studenten der philosophischen Fakultät über die jüngsten gesetzlichen Bestimmungen, die sich auf die Lehrbefähigung an Mittelschulen und die entsprechende Fächergruppierung beziehen, aufzuklären; diese Information scheint mir notwendig zu sein, weil in manchen Fällen bereits die Weichen an der Universität gestellt werden.

Das Gesetz vom 6.12.1971 Nr. 1074 regelt die verschiedenen Formen, wie ein Mittelschullehrer mit Doktorat die Lehrbefähigung erwerben kann. Dabei ist zu bemerken, daß die Lehrbefähigung besonders im Bereiche der Fächer, die die philosophische Fakultät umfassen, nur in bestimmten Fächergruppierungen (Lehrbefähigungsklassen) abgelegt werden kann; dies hängt auch teilweise mit den sogenannten Lehrstühlen an den Mittel- und Höheren Schulen zusammen.

Während in Österreich und Deutschland die Unterrichtsaufträge nach der Studienverpflichtung und aufgrund der vorhandenen Lehrbefähigung vergeben werden, wird an unseren Schulen der Lehrauftrag nach Lehrstühlen (= Fächergruppierung z.B. Deutsch, Latein, Geschichte, Erdkunde an Mittelschulen; Deutsch, Latein, Geschichte, Erdkunde in den ersten Klassen des wissenschaftlichen Lyzeums und der Lehrerbildungsanstalt; Deutsch, Latein am klassischen und wissenschaftlichen Lyzeum; Latein und Griechisch am klassischen Lyzeum; Deutsch, Latein, Griechisch, Geschichte, Erdkunde am Gymnasium; Deutsch und Geschichte an der Handels- und Gewerbeoberschule; Deutsch, Geschichte, Erdkunde an der Lehrerbildungsanstalt u.s.w.) erteilt, wobei dieser Lehrstuhl mit einer bestimmten Wochenstundenzahl an gewisse Klassen gebunden ist.

Über folgende Lehrbefähigungsklassen und die entsprechenden Zulassungstitel, wie sie in den Ministerialdekreten vom 2.3.1972 und vom 23.12.1972 aufscheinen, sollte jeder, der sich auf den Lehrberuf vorbereitet, Bescheid wissen:

Lehrbefähigungsklasse 41: Literarische Fächer — Deutsch, Latein, Geschichte, Erdkunde an der Mittelschule; Zulassungstitel: Doktorat aus Philosophie (laurea in lettere, filosofia, materie letterarie, pedagogia). Es wird hier nicht nach dem Studienplan gefragt, sondern alle angeführten Doktorate sind als Zulassungstitel gleichwertig. Dasselbe gilt auch für die Lehrbefähigungsklassen 41: Literarische Fächer an öheren Schulen und 40 a: Latein an Höheren Schulen. Hat nun ein Student an einer österreichischen Universität das Doktorat aus Philosophie erworben und aufgrund des Studentitelabkommens zwischen Österreich und Italien (Ministerialdekret vom 4. September 1956) die «laurea in lettere, filosofia, materie letterarie, pedagogia» erhalten, so wird er zur Lehrbefähigungsprüfung der Klassen 40, 40a und 41 zugelassen, auch wenn er während seiner Studienzeit Latein nicht belegt und besucht hat. Es muß allerdings auch gesagt werden, daß das genannte Gesetz vom 6.12.1972 Nr. 1074 Sonderlehrbefähigungskurse, normale Lehrbefähigungskurse und Stellenwettbewerbe nach Prüfungen und Titeln vorsieht; wer also durch einen normalen Lehrbefähigungskurs oder einen Stellenwettbewerb einen Lehrstuhl, der auch das Fach Latein enthält, anstrebt, kann ohne entsprechende Lateinkenntnisse, die er sich entweder an der Universität oder im Selbststudium erwirbt, sein Ziel kaum erreichen. Wer an der Universität die Fächer Deutsch und Latein studiert, hat meines Erachtens die besten Voraussetzungen, sich um möglichst viele Lehrstühle an der Sekundarschule zu bewerben.

Wer die Lehrbefähigung aus Latein und Griechisch machen will, benötigt das Doktorat aus klassischer Philologie (laurea in lettere classiche).

Die Mittelschullehrer, die ein Doktorat aus modernen Fremdsprachen und Literatur (laurea in lingue e letterature straniere) besitzen, dürfen zur Lehrbefähigungsklasse 40 antreten, wenn im Studienplan das Fach Deutsch aufscheint, und zur Lehrbefähigungsklasse 40a, wenn Latein belegt und besucht wurde. Das Besagte gilt auch für die Lehrbefähigungsklasse 41.

Da die gesetzlichen Bestimmungen doch immer wieder modifiziert werden, muß man einerseits über den jetzigen Stand der Dinge informiert sein, andererseits aber versuchen, Kenntnis über die Neuerung zu erhalten. Solange die meisten Lehrstühle an unseren Sekundarschulen das Fach Latein aufweisen, ist es jedenfalls ratsam, Latein in einem größeren oder geringeren Umfang in das Studium einzubeziehen, wenn der zukünftige Mittelschullehrer Interesse hat, an allen Schulen zu unterrichten. Wenn Maturanten sich für eine solche Studienrichtung entscheiden, sollten sie sich vorher bei den zuständigen Stellen beraten lassen.

Vizeschulamtsleiter
Dr. David Kofler

Bozen, den 2. Juli 1973

RESOLUTION DES AUSSCHUSSES DER SÜDTIROLER HOCHSCHÜLERSCHAFT

In den letzten Jahren wurden in Südtirol verschiedene Maßnahmen zur Lösung des Supplenten- bzw. Werkstudentenproblems in Angriff genommen und zum Teil auch durchgeführt. Der Ausschuß der Südtiroler Hochschülerschaft begrüßt diese Initiativen, möchte aber gleichzeitig darauf hinweisen, daß die Interessen jener Studenten, die ein normales Hochschulstudium absolvieren, darüber nicht vergessen werden dürfen.

In diesem Zusammenhang verweist er ausdrücklich auf die Resolution des Ausschusses der Südtiroler Volkspartei vom 19.4.1971, in der jede «mögliche Förderung der Hochschüler» befürwortet wird.

Der Ausschuß der SH verweist weiters auf den großen Nachholbedarf an akademisch gebildetem Personal für Schule, öffentliche Verwaltung und Wirtschaft.

Er fordert daher von der Landesregierung die unverzügliche Inangriffnahme und Verwirklichung folgender Maßnahmen:

- Erhöhung der Landesstipendien auf mindestens 500.000 Lire für Studierende im In- und Ausland sowie Erhöhung der Stipendienanzahl.
- Unterstützung der Aktion «Dissertanten-Behilfe» sowie Schaffung eines Darlehens-Fondes für Hochschüler.
- Ermöglichung der Vergabe des Staatsstipendiums (presalario) an Studierende im Ausland.
- Veranlassung konkreter Verhandlungen zum Zwecke der Studentitelanerkennung zwischen Italien und der Bundesrepublik Deutschland.
- Erstellung einer wirklichkeitsnahen Hochschülerstatistik.

Bozen, am 6. Juli 1973

STATISTIK

Auswertung der zu Ostern 1973 unter den Kolleginnen und Kollegen des zweiten Studienjahres durchgeführten Fragebogenaktion.

Das Ergebnis dieser Umfrage sollte einmal mehr zeigen, wie groß, oder wohl genauer gesagt, wie gering das Interesse des einzelnen Studierenden ist an Aktivitäten der SH, die ihm keinen greifbaren Vorteil versprechen: die Antwortquote liegt unter 50%.

Ob dieses augenscheinlichen Mangels haben mehrere Kollegen, die unter einer Statistik eine Bestands-

aufnahme verstehen, die Meinung vertreten, eine derartige Auswertung sei sinnlos, da sie der nötigen Basis und folglich an Aussagekraft entbehre. Dieser logischen Folgerung kann ich mich jedoch nicht ganz anschließen, da die 50% eine gute Ausgangsbasis bilden, um Trends feststellen zu können und um auf Prozentzahlen aufbauende Schlüsse zuzulassen; es wäre wohl ein schönes Traumziel, dereinst die Bewegungen eines jeden Studenten verfolgen, die Bildungssituation blitzartig erfassen und die Schulen den Notwendigkeiten gemäß pro-

grammieren zu können, ob dann das Wohlbefinden der Studierenden sich wesentlich von dem einer Mücke im Spinnennetz unterscheiden würde, soll nicht diskutiert werden. Nichtsdestotrotz benötigen die Bildungsplaner eine genauere Statistik als die SH sie liefern kann.

Wenn die folgenden Daten auch wahrscheinliche Mittelwerte darstellen, so läßt sich natürlich über die fehlenden 50% streiten: gehören sie der schweigenden zustimmenden Mehrheit an, der schweigenden Opposition oder der Überzahl völlig Desinteressierter?

DATEN:

Auswertung der Fragebogenaktion von Ostern 73 an Studierende im 2. Jahr)

Angeschrieben: 284

Geantwortet haben: 139 (ca. 46%)

SH-Mitglieder

88 nein (ca. 63,3%)

49 ja (ca. 35,3%) (davon 36 in Österreich, 12 in Italien, 1 in der BRD)

2 weiß

Aufschlüsselung nach Studienland

Österreich 87 (ca 62,5%)

Italien 48 (ca 34,5%)

BRD 3

weiß 1

Aufschlüsselung nach Studienort

Innsbruck 49

Wien 19

Graz 15

Salzburg 2

weiß 2

VR 13

PD 10

BO 9

MI 3

AQ 3

FI 2

VE 2

MO 2

Brixen 1

weiß 3

München 2

Hannover 1

Aufschlüsselung nach Studienrichtung

Medizin 23

Sprachen 14

Rechtswissensch. 10

Bauing. wesen 9

Architektur 8

Elektrotechnik 7

Germanistik 7

Wirtschaftswiss. 6

Pädagogik 5

Math. u. Physik 5

weiß 3

Geschichte 5

Theologie 4

Volkswirtschaft 4

Psychologie 4

Leibeserziehung	3
Naturwissenschaften	3
Biologie	3
Staatswissensch.	3
Maschinenbau	2
Forstwirtschaft	1
Landwirtschaft	1
Nachrichtentech.	1
Schulaufsicht	1
Kunstgeschichte	1
Betriebswirtsch.	1
Malerei	1
Chemie	1
Dolmetscher	1
Versorgungstechnik	1
MTA	1

Entspricht das Studium Deinen Vorstellungen?

teils-teils, ungefähr ja 45 (ca 32,4%)

insgesamt

Stud. in Österr. 27 (ca 31,1%)

Stud. in Italien 15 (ca 32,5%)

ja, ganz 44 (ca 31,6%) insgesamt

Stud. in Österr. 29 (ca 33,3%)

Stud. in Italien 15 (ca 32,5%)

cher enttäuscht 27 (ca 19,4%) insgesamt

Stud. in Österr. 20 (ca 23,0%)

Stud. in Italien 7 (ca 14,6%)

auf keinen Fall, nein 17 (ca 12,2%)

insgesamt

Stud. in Österr. 8 (ca 9,2%)

Stud. in Italien 9 (ca 18,7%)

keine Angabe 6 insgesamt

Stud. in Österr. 3

Stud. in Italien 2

Unterkunft am Studienort

insgesamt

Heim 40

Untermiete 39

Hauptmieter 28

Wohnung 19

keine 13

in Österreich

Heim 33

Untermiete 20

Hauptmieter 19

Wohnung 13

keine 2

in Italien

Heim 6

Untermiete 18

Hauptmieter 8

Wohnung	6
keine	11
in der BRD	
Heim	1
Untermiete	1
Hauptmieter	1
Wohnung	—
keine	—

Höhe der Miete

bis 10.000 2 (ca 1,5%) insgesamt

in Österreich 2 (ca 2,3%)

in Italien —

10-13.000 17 (ca 12,1%) insgesamt

in Österreich 10 (ca 11,5%)

in Italien 7 (ca 14,4% bzw. 18,5%*)

13-16.000 33 (ca 23,8%) insgesamt

in Österreich 24 (ca 27,5%)

in Italien 9 (ca 18,6% bzw. 23,7%)

16-20.000 33 (ca 23,84%) insgesamt

in Österreich 23 (ca 26,7%)

in Italien 9 (ca 18,6% bzw. 23,7%)

20-25.000 23 (ca 16,64%) insgesamt

in Österreich 16 (ca 18,4%)

in Italien 7 (ca 14,4% bzw. 18,5%)

über 25.000 18 (ca 13,0%) insgesamt

in Österreich 10 (ca 11,5%)

in Italien 6 (ca 12,5% bzw. 15,8%)

entfällt 13 (ca 9,5%) insgesamt

in Österreich 2 (ca 2,3%)

in Italien 11 (ca 23,0% bzw. —%)

*) die erste Prozentzahl bezieht

sich auf alle in Italien Studie-

renden, die zweite auf die Zahl

jener, die auch wirklich eine

Miete bezahlen, das heißt, die

am Studienort wohnen.

Wechsel des Studienortes

insgesamt 6

davon innerhalb It. 2

innerhalb Österr. 1

von Öst. nach It. 2

von der BRD nach It. 1

Fach gewechselt:

15 (ca 10,8%)

Studium Aufgegeben: 1

Aufschlüsselung nach Jahrgängen

1952: 65

1951: 36

1950: 27

1949: 6

1953: 2

ältere: 3

Ich glaube, daß es notwendig ist, auf einige Zahlen ein besonderes Augenmerk zu legen, auf einige Prozentsätze genauer einzugehen.

Da stimmt einmal die Verteilung der Jahrgänge etwas nachdenklich: in dieser Fragebogenaktion wurden jene Kolleginnen und Kollegen angesprochen, welche im zweiten Studienjahr bzw. im 4. Semester standen, rechnerisch also der Jahrgang 1952, aber wie sieht das Ergebnis unserer Umfrage aus: nur knapp 47% haben ihr Studium zeitgerecht beginnen können, knapp 26% wiesen eine Verspätung von einem, 19,5% von zwei, fast 8% von drei und mehr Jahren auf; bei den jungen Damen sieht diese Bilanz etwas besser aus: 57% begannen zeitgerecht (gegenüber 46% bei den werteten Kollegen). Dieser schon oft zitierte Zeitrückstand muß wohl auf tieflicgende Schwierigkeiten im deutschsprachigen Schulsystem Südtirols hinweisen.

Eine weitere, vom System her zu erklärende Tatsache, die schon längst bekannt ist, aber noch nie statistisch erfaßt wurde, soll näher untersucht werden: 23% der an italienischen Universitäten studierenden Kolleginnen und Kollegen wohnen nicht am Studienort, sondern fahren nur ab und zu an ihre Hochschule, um dort eine Prüfung abzulegen; daheim erarbeiten sie sich durch eine Lehrstelle einen kleinen Nebenverdienst. Daß diese Regelung von Studierenden an inländischen Universitäten gern getroffen wird, dürfte durch die Art des Vorlesungsbetriebes an den italienischen Hochschulen angeregt werden. Außerdem ist diese Lösung unter ökonomischen Gesichtspunkten wohl ideal, auch bringt sie manch andere Vorteile. Inwiefern sie sich auf das Studium mehr oder weniger positiv auswirkt, kann ich, da ich an einer österreichischen Universität studiere, leider nicht beurteilen; rein emotionell würde ich es als ein Halbstudium bezeichnen und empfehlen, von ihm Abstand zu nehmen. Auf jeden Fall ist es kaum dazu geeignet, den eigenen Horizont wesentlich erweitern sowie Vorurteile und Engstirnigkeit beseitigen zu helfen, da die nötigen Vergleichsmöglichkeiten fehlen.

Die genannten 23% stellen nach meiner Ansicht aber einen unteren Grenzwert dar, da die «Dunkelziffer» besonders auf diesem Gebiet sehr groß ist, klarer ausgedrückt: da besonders diese Gruppe an der SH kaum interessiert ist, wird einem größeren Teil davon unsere Fragebogenaktion gleichgültig gewesen sein.

In den Sparten «Unterkunft» und «Mieten» wurde Bekanntes bestätigt: daß es in Italien kaum Heimplätze gibt, es in Österreich damit für Südtiroler wesentlich besser steht, daß die Mieten in Italien im Durchschnitt etwas höher liegen als in Österreich (inzwischen durch den starken Kursverfall der Lira wohl nicht mehr viel), daß man wegen der Wohnraumnot neuerdings immer mehr dazu übergeht, meist in einer Gruppe eine Wohnung zu mieten (über 10%); diese Tendenz wird wegen der überhöhten Preise für Einzelzimmer in der nächsten Zeit noch stärker werden. Die Mieten in der BRD sind besonders hoch, selbst in Studentenheimen.

Ein wichtiger Beweggrund für den Start der Fragebogenaktion bildete die Absicht, eine Prozentzahl für den Wechsel von Studienrichtung oder (und) Studienort zu erhalten.

Zu diesem Komplex gehörte auch die Frage, ob und inwieweit das Studium den voruniversitären Vorstellungen des Einzelnen entspricht. Daß nur 31,6% mit einem vorbehaltlosen Ja geantwortet haben, ist wohl sehr bedenklich; selbst wenn man noch die Ungefähr-Ja-Stimmen und die Teils-teils-Antworten hinzuzählt, bleiben immer noch 36%, die über den Universitätsbetrieb mehr oder weniger schwer enttäuscht sind. Daß sich diese Unzufriedenheit auch auf die Leistungen der betroffenen Kollegen negativ auswirkt, darf wohl auch ein Nicht-Psychologe folgern.

Wo sind nun die Gründe dieser Diskrepanzen zwischen dem Ideal und der wirklichen Sachlage zu suchen? Ohne tiefer in diesen Problembereich eindringen zu können, möchte ich nur folgende, mir wesentlich erscheinende Punkte kurz anschnitten: a) Mangel an Information, b) Diskontinuität im Studium, c) Überforderung der altherwürdigen Universität.

Ad a) Man kann einmal behaupten, das Bild im Kopfe der Maturanten sei vielfach zu idealistisch und deshalb völlig falsch, von einem anderen Standpunkt aus jedoch, daß dieses Bild die bestmögliche Hochschule darstelle, die Wirklichkeit aber, die Kluft zwischen Oberschule und Hochschule sowie die Situation an den Universitäten sei enttäuschend; beide Ansichten sind auf ihre Weise zutreffend.

Will man aber die schon erwähnten 36% möglichst schnell senken, so bleibt vorderhand nur die Zerstörung der «Illusions-Universität»

als Ausweg und zwar durch eine rücksichtslose Aufklärung des Maturanten, durch eine gezielte und ausführliche Information. Durch eine intensive Beratung des Studienanfängers würde auch die relativ hohe Zahl der Studienfachwechsel (10,8%) wahrscheinlich zurückgehen.

Es ist nicht damit getan, die Parole auszugeben «Südtirol benötigt Akademiker», um damit einen Ansturm auf die Hochschule und eine gewaltige Materialschlacht — Studenten als Massenartikel — auszulösen oder durch einen Bildungsplan den Strom in einzelne Kanäle zu lenken. Es fehlt, um beim Bildlichen zu bleiben, der Filter, der die individuellen Fähigkeiten und Grenzen berücksichtigt.

Bei einem Minimum an individueller Behandlung des Maturanten wäre es wohl sehr unwahrscheinlich, daß der Studienanfänger erst nach einem Jahr Hochschulstudium zur Erkenntnis kommt, daß er z. B. eher für Geschichte als für Medizin, für Sprachen eher als für Rechtswissenschaften, mehr für Medizin als für Germanistik oder mehr für Medizin als für Architektur geeignet sei. Was hier fehlt, ist ganz klar: Information. Die von öffentlichen Stellen und von der SH bisher durchgeführte Maturantenberatung konnte des enormen Informationsvakuums nicht Herr werden. Ich glaube, daß es der Oberschule nicht unzumutbar wäre, wenn dort mindestens eine Wochenstunde «Studienorientierung für Maturanten» vorgesehen würde.

Zu den Punkten b) und c) nur kurz folgendes: kaum hat man — zumindest auf dem Papier — das Analphabetentum im sog. zivilisierten Westen einigermaßen in den Griff bekommen, brüstet man sich schon, in einer «Bildungsgesellschaft» zu leben.

Daß sich diese aber noch in einem mit der vormarxistischen Industriegesellschaft vergleichbaren Stadium befindet, verschweigt man lieber. Die Bildungsmaschine läuft, der Mensch hat sich an sie anzupassen; allerdings scheint man allmählich zu begreifen, daß das Programm nicht stimmt. Die Absicht aber, etwas grundlegend zu ändern, wird wohl erst dann in die Tat umgesetzt werden, wenn das Bildungsproletariat zahlenmäßig die nötige Stärke erreicht haben wird.

Doch zum Glück — oder leider? — ist es noch nicht so weit. Es wird weiterhin alles «programmgemäß» ablaufen.

Meinungen der Studenten über die SH

die SH ist nützlich, notwendig: 67 insgesamt. - M. von Mitgliedern/Nichtmitgliedern: 34/33
 ich habe über die SH keine Meinung: 28 insgesamt. - M. von Mitgliedern/Nichtmitgliedern: 2/36
 trotz gewisser Einwände nützlich: 18 insgesamt. - M. von Mitgliedern/Nichtmitgliedern: 7/11
 z. Zt. ist sie eher unnützlich: 11 insgesamt. - M. von Mitgliedern/Nichtmitgliedern: 2/9
 sie ist völlig überflüssig, unnützlich: 10 insgesamt. - M. von Mitgliedern/Nichtmitgliedern: 1/9
 keine Stellungnahme (= weiß): 5 insgesamt. - M. von Mitgliedern/Nichtmitgliedern:

Stellungnahmen zur „SH-Politik“

bin darüber nicht informiert: 76 insgesamt. - M. von Mitgliedern/Nichtmitgl.: 24/52
 sie ist schwach, schlecht, u.ä.: 18 insgesamt. - M. von Mitgliedern/Nichtmitgl.: 5/13
 sie ist gut, richtig, u.ä.: 14 insgesamt. - M. von Mitgliedern/Nichtmitgl. 11/3
 sie interessiert mich nicht: 14 insgesamt. - M. von Mitgliedern/Nichtmitgl. 4/10
 z. Teil gut, einschränkend gut: 5 insgesamt. - M. von Mitgliedern/Nichtmitgl. 4/1
 sie ist eher bedenklich, unvorsichtig 6 insgesamt. - M. von Mitgliedern/Nichtmitgl. 1/5
 keine Stellungnahme (= weiß): 6 insgesamt. - M. von Mitgliedern/Nichtmitgl. 0/6

Kombinationen von Aussagen über die SH i. allg. und ihre „Politik“ im besonderen

die SH ist nützlich, über ihre Politik bin ich nicht inf.: insgesamt 34: Mitgl./Nichtmitgl. 15/19
 über die SH habe ich keine Meinung, über Pol. nicht informiert: insgesamt 24
 Mitgl./Nichtmitgl. 4/20
 die SH ist nützlich, ihre Politik gut: insgesamt 14
 Mitgl./Nichtmitgl. 11/3
 die SH z. Teil nützlich, über ihre Politik nicht inform.: insgesamt 8
 Mitgl./Nichtmitgl. 3/5
 die SH ist notwendig, ihre Politik aber schlecht: insgesamt 8
 Mitgl./Nichtmitgl. 4/4
 SH z. Zt. eher unnützlich, über die Politik weiß ich zu wenig: insgesamt 7
 Mitgl./Nichtmitgl. 1/6
 die SH ist dem Stud. von Nutzen,

Politik uninteressant: insgesamt 5
 Mitgl./Nichtmitgl. 1/4
 die SH nützt dem Studenten, ihre Politik nur zum Teil: insgesamt 4
 Mitgl./Nichtmitgl. 3/1
 SH trotz gewisser Einwände gut, Pol. interessiert mich nicht: insgesamt 4
 Mitgl./Nichtmitgl. 3/1
 SH völlig unnützlich, ihre Pol. kenne ich nicht: insgesamt 3
 Mitgl./Nichtmitgl. 1/2
 SH z. T. nützlich, ihre Pol. zu unvorsichtig: insgesamt 3
 Mitgl./Nichtmitgl. 0/3
 über SH keine Meinung, mit ihrer Pol. nicht einverstanden: insgesamt 3
 Mitgl./Nichtmitgl. 0/3
 ein völlig unnützer Verein, Pol. interessiert mich nicht: insgesamt 3
 Mitgl./Nichtmitgl. 0/3
 SH ein überflüssiger Verein, seine Politik schlecht: insgesamt 3
 Mitgl./Nichtmitgl. 0/3
 die SH nützt mir z. Teil, nicht einverstanden mit Politik: insgesamt 2
 Mitgl./Nichtmitgl. 1/1
 die SH ist z. Zt. eher unnützlich, ihre Pol. etwas bedenklich: insgesamt 2
 Mitgl./Nichtmitgl. 1/1
 mich interessiert weder die SH noch ihre Politik: insgesamt 2
 Mitgl./Nichtmitgl. 0/2
 der Verein z. Zt. nicht sehr nützlich, seine P. schlecht: insgesamt 2
 Mitgl./Nichtmitgl. 0/2
 sowohl der Verein als auch seine Pol. einschränkend gut: insgesamt 1
 Mitgl./Nichtmitgl. 1/0
 SH völlig nutzlos, ihre Politik unklar u. unvorsichtig: insgesamt 1
 Mitgl./Nichtmitgl. 0/1
 SH mehr oder weniger nützlich, Pol.: kein Kommentar: insgesamt 3
 Mitgl./Nichtmitgl. 0/3
 zu beiden Fragen keine Stellungnahme: insgesamt 3
 Mitgl./Nichtmitgl. 0/3

Studierende Südtiroler an österreichischen Hochschulen im WS 1972-73

Nach offiziellen Angaben des Österreichischen Statistischen Zentralamtes ist die Zahl der in Österreich studierenden italienischen Staatsbürger, die sich fast deckt mit der Zahl der Südtiroler, von 791 (WS 71/72) auf 1205 gestiegen; diese starke Erhöhung ist vor allem auf die Durchführung der Werkstudentenkurse durch die Universität Innsbruck zurückzuführen; die Zahl der in Innsbruck inskribierten Südtiroler stieg nach diesen Angaben von 434 auf 809.

Als Zusammenfassung aus dem

zu umfangreichen Zahlenmaterial folgende zwei Tabellen

a) Übersicht nach Studienorten Wie unten:

Studienort	geschlecht	insges.
Wien	männl. 217	weiblich 37
	Uni	männl. 82
TH	weiblich 26	insgesamt 108
		männl. 54
Hochsch. für Welthandel	weiblich 2	insgesamt 56
		männl. 32
Tierärztl. Hochschule	weiblich 1	insgesamt 32
		männl. 17
Hochsch. f. Bodenkultur	weiblich —	insgesamt 17
		männl. 16
Andere	weiblich —	insgesamt 16
		männl. 17
Graz	weiblich 8	insgesamt 25
		männl. 81
TH	weiblich 9	insgesamt 90
		männl. 75
Uni	weiblich 1	insgesamt 76
		männl. 4
andere	weiblich 8	insgesamt 12
		männl. 2
Innsbruck	weiblich —	insgesamt 2
		männl. 579
Salzburg	weiblich 230	insgesamt 809
		männl. 33
Uni	weiblich 16	insgesamt 49
		männl. 28
Mozarteum	weiblich 9	insgesamt 37
		männl. 5
Linz	weiblich 7	insgesamt 12
		männl. 3
insgesamt 1205	weiblich —	insgesamt 3
		männl. 913

b) Übersicht nach Studienrichtungen

Studienrichtung	geschlecht	insg.
Theologie	männlich 19	weiblich 20
		insg. 71
Jura	männlich 62	weiblich 9
		insg. 117
Volkswirtschaften	männlich 105	weiblich 12
		insgesamt 45
Betriebswirtsch., Handelswissensch.	männlich 41	weiblich 4
		insg. 212
Medizin	männlich 181	weiblich 31
		insg. 334
Geisteswissenschaften	männlich 164	weiblich 170
		insg. 124
Naturwissenschaften	männlich 93	weiblich 31
		insg. 51
Architektur	männlich 45	weiblich 6
		insg. 36
Bauingenieur	männlich 36	weiblich —
		insg. 16
Wirtschaftsing. (Bauwesen & Masch. bau)	männlich 16	weiblich —
		insg. 12
Maschinenbau	männlich 12	weiblich —
		insg. 37
Elektrotechnik	männlich 37	weiblich —
		insg. 19
Techn. Chemie, Math, Physik	männlich 19	weiblich —
		insg. 19

Rechentchnik, Informatik insg. 4	Dolmetsch insg. 8	Musik insg. 27
männlich 2 weiblich 2	männlich 1 weiblich 7	männlich 17 weiblich 10
Land- und Forstwirtschaft insg. 14	andere insg. 4	andere Kunstrichtungen insg. 12
männlich 14 weiblich —	männlich 2 weiblich 2	Kunsthochschulen insg. 39
Tierheilkunde insg. 17	nicht angegeben insg. 4	männlich 24 weiblich 15
männlich 17 weiblich —	männlich 2 weiblich 2	insgesamt 1205
Pharmazie insg. 7	Univ. + wiss. Hochsch. insg. 1166	männlich 913 weiblich 292
männlich 5 weiblich 2	männlich 889 weiblich 277	

REPORTAGE

Sechstes Gebot: Dass ich Unkeuschheit getrieben habe - Dokumentation Fall "Larcher"

Dokumentation Fall « Larcher »

In dem Augenblick, wo Massenmedien aus Vorfällen « Fälle » machen, ist es nicht mehr notwendig, diese zu interpretieren. Gekannt haben Journalisten aller Schattierungen die Ereignisse in Tirol dargestellt; übrig bleibt ein Sammelsurium von pamphletartigen Meinungen, die informationshungrige Rezipienten verwirren. Aus diesem Grunde ist es nicht überflüssig, wenn der SKOLAST das Thema in Form einer Dokumentation, zu der die Meinungsmacher bisher keine Zeit fanden, neu aufgreift.

Staller: Was schaut? Gibt keine Arbeit mehr (Kroetz)

In der Hauptschule Absam unterrichtete Frau Dr. Agnes Larcher als vertragsbedienstete Deutschlehrerin. Als sie mit den Mädchen der letzten Hauptschulklasse die Probleme sozialer Außenseiter anhand des Volkstüchkes «Stallerhof» (und dessen zweiten Teils «Geisterbahn») von Franz Xaver Kroetz besprechen wollte, wurde sie von ihrer Schulbehörde, der Abteilung Iva der Tiroler Landesregierung, am 6. Juni 1973 fristlos entlassen:

Amt der Tiroler Landesregierung
Z IVa-L-7427/28

A-6010 Innsbruck, am 6. Juni 1973
Betreff: Vorzeitige Auflösung des Dienstverhältnisses Frau
Dr. Agnes Larcher geb. Hinterlechner
Grillparzerstraße 10
ABSAM

Die Landesregierung löst nach § 34 Abs 2 lit. b des Vertragsbedienstetengesetzes 1948 Ihr mit Dienstvertrag vom 19.9.1972, Z IVa-L-7427/25, begründetes Dienstverhältnis zum Bundesland Tirol mit sofortiger Wirkung vorzeitig auf, weil Sie sich durch die entgeltliche Weitergabe von nicht entwicklungsgemäßen, vom Bundesministerium für Unterricht und Kunst als Klassenlesestoff nicht approbiertem Lesegut an Schüler der Hauptschule Absam sowie durch die Verwendung dieses Lesegutes im Deutschunterricht einer besonders schweren Verletzung der Dienstpflichten schuldig gemacht haben.

Ihre Bezüge werden mit Ablauf des 6.6.1973 eingestellt.

Nach § 35 Abs. 2 lit c des angeführten Gesetzes besteht kein Anspruch auf Abfertigung.
Beilage: 1 Dienstleistungszeugnis

Für die Landesregierung:
Dr. Reut-Nicolussi

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung
AUER

Hier der Ablauf der Affäre:

Am Samstag, dem 2. Juni, teilte Frau Dr. Larcher die Texte aus, am Dienstag, dem 5. Juni, wurde ihr vom Direktor mitgeteilt, daß sich Eltern über diese Texte beschwert hätten. Dieser habe das Einziehen der Texte verfügt. Frau Dr. Larcher teilte ihrer Klasse mit, daß es aus den hier erwähnten Gründen nicht zur Lektüre des « Stallerhof » kommen werde. Am Nachmittag erhielt sie vom Schulwart ein Schreiben zugestellt, in dem ihr mitgeteilt wurde, daß die Lehrerschaft in einer Konferenz, zu der Frau Dr. Larcher nicht geladen worden war, die Einberufung eines Elternabends beschlossen und sich gegen die Lektüre von Kroetz ausgesprochen habe.

Frau Dr. Larcher erfuhr am nächsten Vormittag, wieder über den Schulwart, daß sie vom Dienst suspendiert sei und am Elternabend nicht teilnehmen dürfe. Am Nachmittag habe sie sich bei Frau Dr. Reut-Nicolussi vom Landesschulrat für Tirol zu einer Aussprache einzufinden.

Inzwischen hatte Frau Dr. Larcher alle Eltern zu einem Treffen im Gasthaus Kirchenwirt eine Stunde vor Beginn der Konferenz eingeladen, um ihren Standpunkt darstellen zu können. Um die Eltern über alle Standpunkte informieren zu können, hatte sie zu diesem Treffen auch Literaturwissenschaftler, Erziehungswissenschaftler einerseits sowie Frau Dr. Reut-Nicolussi, den Bezirksinspektor Crombach und den Direktor Fintl eingeladen.

Am Nachmittag um 17.00 Uhr legte sie bei der zuständigen Behörde die Gründe dar, warum sie es für richtig hält, den Kroetz-Text zu lesen. Daraufhin wurde ihr das Entlassungsschreiben überreicht.

Um 19.00 Uhr fanden sich 31 Eltern sowie mehrere Vertreter der Erziehungswissenschaft und der Germanistik, nicht aber die Vertreter der Schulbehörden, zur Aussprache mit Frau Larcher ein. In dieser Aussprache forderten die Eltern schriftlich, daß Frau Dr. Larcher wieder angestellt werden. In einer zweiten Resolution verlangten sie, daß Frau Dr. Larcher sowie die Experten der Erziehungswissenschaft und der Literaturwissenschaft als Auskunftspersonen zu diesem Elternabend zuzulassen seien. Die Schulbehörden verwehrten bei der Sitzung um 20.00 Uhr allen außer Frau Dr. Larcher den Zutritt. Auch die anwesenden Journalisten der Presse und des Rundfunks blieben ausgesperrt.

Während der vierstündigen Versammlung, in der die Vertreter der Schule den Eltern die aus dem Zusammenhang gerissenen « derbsten » Stellen des Stückes vorlasen und ständig ihr Entsetzen und ihre Abscheu laut bekundeten, wurde den Eltern die Frage vorgelegt, ob sie wollten, daß in der Schule weiterhin solche Literatur gelesen werden sollte. Daraufhin antworteten die Eltern

mit einem Nein, sagten jedoch in ihrer Mehrheit, daß sie weiterhin für den Verbleib von Frau Dr. Larcher an der Hauptschule Absam einträten. Die Schulbehörden erklärten, für diesen Fall sei nur mehr das Arbeitsgericht zuständig. Trotzdem versuchte eine Elterndelegation am nächsten Tag, beim Kultur- und Schulreferenten, Landeshauptmannstellvertreter Dr. Prior, vorzusprechen, traf ihn aber nicht an.

Frau Dr. Larcher hat seither aus weiten Kreisen der Bevölkerung Beweise der Solidarität erhalten; auch Politiker auf Landes- und Bundesebene haben bereits reagiert. Die Presse und der Rundfunk haben von dem Vorfall ausführlich berichtet. Frau Dr. Larcher hat, um nochmals in aller Deutlichkeit zu sagen, was sie mit dem Kroetz-Werk im Unterricht vorhatte, in Absam eine Postwurfsendung verschickt.

Sepp: Wenn es Kind da is, schaug ich, obs etwas worden is (Kroetz)

Am 25.8.1937 wurde ich, Agnes Larcher, als viertes der dreizehn Kinder des Tagelöhners Heinrich Hinterlechner in Mühlbach, Südtirol, geboren. Meine Kindheit und die Volksschulzeit verbrachte ich in der Bergbauerngemeinde Meransen, wo mein Vater einen Bauernhof gepachtet hatte. Ich konnte nur während zwei Drittel der Schulzeit am Unterricht teilnehmen, da ich während der übrigen Zeit zur Feldarbeit und zum Viehhüten gebraucht wurde. Im 8. Volksschuljahr wurde ich bereits im Frühjahr vom weiteren Schulbesuch befreit, um als Magd auf einem Bauernhof zu arbeiten.

Zufällig fand sich im gleichen Jahr ein Förderer, der mir den Besuch der Mittelschule und der Lehrerbildungsanstalt in Meran ermöglichte. Ich legte dort im Jahre 1958 die Reifeprüfung ab. Im selben Jahr inskribierte ich an der Universität Innsbruck Deutsch und Geschichte. Im Jahre 1963 promovierte ich zum Doktor der Philosophie.

1963 war auch das Jahr meines Eintritts in den Schuldienst. Zunächst unterrichtete ich an der Mittelschule Bruneck/Südtirol die Fächer Deutsch, Geschichte, Geographie. 1964 wurde ich durch Heirat österreichische Staatsbürgerin. Zunächst mußte ich wie eine Arbeitslehrerin eingestuft werden, als ich 1964/65 in Österreich zu unterrichten begann. Nachdem ich 1965 die österreichische Matura nachträglich zu meinem österreichischen Doktorat nachgeholt hatte, wurde ich als Vertragslehrerin an der Hauptschule Stams angestellt.

Ich habe seither an allen Schultypen, von der ersten Klasse Volksschule bis zur Universität, unterrichtet. Von besonderer Bedeutung war für mich eine einjährige Lehrtätigkeit an der amerikanischen Stetson Universität, in der ich die Freiheit hatte, meine Vorstellungen von einem modernen Sprach- und Literaturunterricht ungestört zu verwirklichen.

Nach meiner Rückkehr aus Amerika unterrichtete ich ein Jahr am Aufbaurealgymnasium Stams, bis wir im Jahre 1971 nach Absam übersiedelten. Seit 1971/72 bis zum 6.6.1973, 8.15 Uhr, habe ich an der Hauptschule Absam Deutsch, Geschichte und Geographie unterrichtet.

Ich habe zwei Kinder im Alter von 7 und 3 Jahren. Mein Mann ist Bundeslehrer im Hochschuldienst an der Universität Innsbruck.

Beppi: Schrein tät ich an deiner Stell net, weil man es hört (Kroetz)

Aus einem Schreiben von Dr. Agnes Larcher an den Tiroler Landeshauptmann Eduard Wallnöfer: « Sie dürfen mir es nicht verübeln, daß ich die Öffentlichkeit auf meine fristlose Entlassung aufmerksam gemacht habe — das ist mein demokratisches Recht. Ich stelle mich nicht in den Winkel und lasse mich nicht in aller Stille abschlichten. Natürlich werde ich auch zum Arbeitsgericht gehen, aber die Lehrer und die übrige Öffentlichkeit sollten den Fall ruhig diskutieren. Vielleicht sehen sie dann deutlicher als zuvor, daß ihre Unter-

richtsarbeit politische Bedeutung hat (nicht im Sinne von Parteipolitik!), ganz egal, ob sie, so wie ich, junge Menschen für das Leben in unserer Gesellschaft vorbereiten wollen oder ob sie nur die Beistrichregeln und die Groß- und Kleinschreibung pauken ».

Brief von 25 Schülerinnen der betroffenen Klasse an Landeshauptmannstellvertreter Fritz Prior:

« Die fristlose Entlassung Frau Dr. Larchers hat uns dazu bewogen, Ihnen diesen Brief zu schreiben. Die Schülerinnen der 4b/1 sind der Meinung, daß die Bestrafung auf jeden Fall zu hart war. Die meisten von uns finden nämlich, daß das Stück ausgesprochen aktuelle und wichtige Probleme der heutigen Zeit zur Sprache bringt. Wenn Sie das ganze Stück gelesen haben, müssen Sie das zugeben. So werden Sie auch verstehen, daß wir mit der Art und Weise, in der man die Eltern bei der Versammlung aufzuklären versuchte, daß man nämlich nur die ordinären Abschnitte vorlas ohne auf die Absicht des Dichters und die weitere Handlung des Stückes einzugehen, nicht einverstanden sind.

Es wurde immer wieder behauptet, daß es bei der Elternversammlung nur um das Stück ginge. In diesem Sinne fragen wir Sie, wie es dazu kommen konnte, daß Frau Dr. Larcher, die für uns nur das Beste wollte, so bloßgestellt wurde.

Sicher wissen auch Sie, daß Frau Dr. Larcher eine der besten Lehrerinnen der Absamer Hauptschule war. Ihre Lehrmethode fand bei allen Schülern Anklang und regte zur Mitarbeit an. Frau Dr. Larcher lehrte uns kritisch zu denken, so machten auch wir uns ein Bild über den « Stallerhof », das allerdings nicht mit dem des Lehrkörpers übereinstimmt. Als wir unsere Meinung vorbringen wollten, erklärte man uns, das Stück sei nicht entwicklungsgerecht und wir sollten uns darüber nicht den Kopf zerbrechen.

Wir wenden uns deshalb mit der Bitte an Sie, die Sache auch einmal von unserem Standpunkt zu betrachten. Vielleicht verstehen Sie dann, wie ungerne wir Frau Dr. Larcher verlieren und helfen uns, sie wieder in den Schuldienst zurückzubringen, da wir allein nichts durchzusetzen vermögen ».

Schreiben von Lehrpersonal des Instituts für Deutsche Philologie der Universität Innsbruck an den Direktor der Hauptschule Absam:

« Franz Xaver Kroetz wird heute an den meisten ernstzunehmenden deutschen Bühnen gespielt und gilt als ein interessanter Erneuerer des Volkstücks. Seine Werke werden in wichtigen literarischen Zeitschriften diskutiert und werden von einem der besten deutschen Verlage (Suhrkamp) herausgebracht. Die Beschäftigung mit aktuellen Problemen gerade der unteren Bevölkerungsschichten und Außenseiter der Gesellschaft ist besonders auch in den Hauptschulen notwendig — und eine Auseinandersetzung mit Kroetz ist zweifellos eine interessante Grundlage für wichtige Diskussionen. Kroetz ist sicher unbequem, aber ihn nicht zur Kenntnis nehmen hieße seine Augen vor wichtigen Problemen unserer Zeit und vor der Entwicklung der modernen deutschen Literatur verschließen ».

Stellungnahme des Universitätsprofessors Dr. Karl Rahner in der Tiroler Tageszeitung:

« Der Unterzeichnete hat nach Kräften genau und eingehend die Kontroverse verfolgt, die in Tirol wegen der Entlassung von Frau Dr. Agnes Larcher aus dem Schuldienst entstanden ist. Er möchte von seiner Sicht aus folgendes dazu sagen.

1. Wenn die Stücke von Kroetz nicht nur in sich allein gewertet (und auch davon nur einige wenige Regieanweisungen ins Feld geführt werden), sondern in den erzieherischen Kontext gestellt werden, in dem sie von

Frau Dr. Larcher behandelt werden sollten, dann sind solche Stücke heute Mädchen, die eben in das heutige Leben entlassen werden sollen, durchaus «zumutbar» und können einen positiven Effekt erzielen. Man mag die heutige Situation, in der junge Mädchen von heute sich mit dem Leben geistig und moralisch auseinandersetzen müssen, für beklagenswert und gefährlich halten. Aber sie ist gegeben und dagegen hilft keine Vogel-Strauß-Politik, die nicht wahrhaben will, mit welchen Dingen junge Menschen heute konfrontiert werden, ob die Schule darüber hinweggeht oder nicht. Man kann heute (vielleicht: leider) nicht mehr sagen, daß eine solche Konfrontation mit der Brutalität des Lebens nicht "entwicklungsgemäß", sei. Eine solche Konfrontation ist heute auch schon bei solchen jungen Menschen unumgänglich, auch wenn man diese Notwendigkeit bedauern mag. Ich bin davon überzeugt, daß Frau Dr. Larcher erzieherisch diese Konfrontation gemeistert hätte. Wäre es erzieherischer gewesen, wenn sie sich billig gedrückt hätte vor einer solchen Aufgabe, nicht nur zu unterrichten, sondern zu erziehen, d. h. anzuleiten, mit dem Leben fertigzuwerden wie es heute ist?

2. Selbst wenn man in der Beurteilung des Vorgehens von Frau Dr. Larcher kritischer und zurückhaltender urteilen wollte (in Rücksicht auf das eine oder andere Mädchen, das ein noch behüteteres Elternhaus hat und so erst ein wenig später — durch wen? — mit der Brutalität des heutigen Lebens konfrontiert wird), dann halte ich immer noch die Maßnahme, die gegen Frau Dr. Larcher verhängt wurde, gemessen an der Sache und an ihrer Absicht für völlig unproportioniert und darum schlechthin ungerecht. Mußte man überdies so eilig vorgehen? Kann man sich über Gutachten kompetenter Leute hinwegsetzen, die vorher zu dieser Frage hätten gehört werden müssen?

3. Vorläufig vertraue ich auf die Gerechtigkeit der Tiroler Behörden und auf deren selbstkritischen Mut, einen Schritt zu revidieren in einer Korrektur, die auch amtlichen Stellen mehr Ehre und Vertrauen einbringt, als wenn sie, um ihr Gesicht zu wahren, eine Entscheidung aufrechterhalten, die der Sache nicht angemessen ist ».

Zitate aus Briefen an Frau Dr. Larcher, geschrieben von Eltern der betroffenen Schüler:

« Sie hat den Kindern sehr, sehr viel gelernt in jeder Art. Sie hat ihnen beigebracht offen und ehrlich über die Dinge des Lebens zu sprechen ».

« Wir haben mit unseren 4 Töchtern bereits genug gute und schlechte Lehrer kennen gelernt und glauben daher behaupten zu können, daß Frau Dr. Larcher zu den besten zu zählen ist ».

« Ich bestätige hiermit, daß es gegen Ihre Unterrichtsmethode rein gar nichts einzuwenden gibt. Meine Tochter Silvia findet Ihren Unterrichtsstoff ebenso abwechslungsreich wie interessant ».

« Meine Tochter ist mit diesem Unterricht, den Frau Lehrer gibt sehr begeistert ».

« Ich bin voll und ganz der Meinung, daß es gut ist einem jungen Menschen der hinaus ins Leben muß vor Augen zu führen, daß die Welt nicht so heil ist wie es scheint ».

« Seit unsere Tochter Monika im schulpflichtigen Alter steht haben wir noch niemals eine so ausgezeichnete Pädagogin und Lehrerin, wie Frau Dr. Larcher es ist, kennengelernt ».

Splittter aus den Massenmedien:

Profil: « Seit Dr. Ingo Reiffenstein, 45, Germanistikprofessor und Rektor der Universität Salzburg — wie viele andere Kapazitäten aus Theologie, Erziehungswissenschaft und Germanistik —, für die aus dem Schuldienst gefeuerte Tiroler Hauptschullehrerin Dr. Agnes Larcher, 35, Partei ergriffen hat, erhält er genügend deftigen Lesestoff. Auch sprachwissenschaftlich Fündiges ist darunter — wie der Ratschlag eines Salzburger Journalisten, doch "die St.-Pauli-Nachrichten für den Deutschunterricht in den Hauptschulen, zu propagieren, oder die mit "Scheiße, Scheiße, gezeichnete Anregung eines Pongauer Bürgers, künftig nur noch den zum Rektor zu

bestellen, der am Domplatz "am ungewolltesten zu scheißen und zu onanieren, versteht ».

Wochenpresse: « Wer recht hat, ist schwer festzustellen. Während andere junge Künstler selbst für publicity-fördernde Skandale sorgen müssen, verschafften die Tiroler Schulbehörden dem 27-jährigen Kroetz mehr bundesweite Aufmerksamkeit, als es die Aufführung seiner Stücke im Theater je vermochte. Sie bezahlte der Absamer Hauptschullehrerin Agnes Larcher die Verwendung von Kroetz als «Lesegut» (so das Schulbehörden-deutsch) mit fristloser Entlassung. Scithier gibt es das schmale Suhrkamp-Bändchen mit den unstrittenen Dramen kaum mehr zu kaufen ».

Tiroler Tageszeitung: « Frau Dr. Larcher — nach ihrer politischen Einstellung befragt, bezeichnete sich als bisherige ÖVP-Wählerin — wirkte nach dem Schock ihrer fristlosen Entlassung und nach anschließender sechsstündiger Diskussion am gestrigen Donnerstag um 1 Uhr früh müde, aber nicht resigniert. Sie glaubt, das Beste gewollt zu haben und blickt der Entscheidung des Arbeitsgerichtes gefaßt entgegen ».

Stern: « Die Schülerinnen der 4b der Absamer Hauptschule können nicht verstehen, warum die beliebte Lehrerin nicht mehr unterrichten darf. Das als "Wildwechsel", verfilmte Kroetz-Stück "Stallerhof", läuft indes in den Kinos an und die Innsbrucker Kammerspiele geben den neuesten Kroetz bei großem Erfolg und — mit Subvention der Stadt Innsbruck.

Leserstimmen aus dem FPÖ-nahen «Salzburger Volksblatt»:

« Sehr geehrte Herren, mit Empörung und Erschütterung haben wir — junge, aufgeschlossene Eltern dreier Kinder, von denen zwei bereits das Gymnasium besuchen — Ihren Artikel gelesen. Wir protestieren schärfstens gegen die Verbreitung solcher „sogenannter Literatur“ an unseren Pflicht- und Mittelschulen. Es ist selbstverständlich, daß eine Lehrkraft, die meint, unsere Kinder im Unterricht mit pornographischer Lektüre konfrontieren zu müssen, ihres Lehramtes enthoben wird. Wenn sie Lesestoff dieser Art liebt, so ist das ihre Privatangelegenheit ».

« Infolge Abwesenheit komme ich erst heute dazu, Ihnen Dank und Anerkennung für Ihren tapferen Artikel „Kulturbolschewismus in der Schule“ vom 30. Juni auszusprechen. Wie sehr wird sich Lenin über seine „nützlichen Idioten“ freuen —! ».

« Wir bedauern, daß es sogenannte Pädagogen gibt, deren einziges Bestreben darin besteht, unserer Jugend Schweinegelein, wie «Stallerhof» vorzutragen, anstatt sie in anständiger Form aufzuklären und für das Leben vorzubereiten. Noch bedauerlicher ist es jedoch, daß solches auch noch von der sogenannten „geistigen Elite“ gedeckt wird. Wir sind froh, daß in der heutigen Zeit, wo mit nacktem Po für Österreich geworben wird (Lehrer), noch jemand den Mut hat, solche Lehrkräfte zu entlassen. Hoffentlich schiebt das in Zukunft solchen Vorkommnissen einen Riegel vor ».

« Ich bin sehr dankbar, daß Ihre Tageszeitung diesen unglaublichen Vorgang im Unterrichtswesen aufgezeigt hat. Selbstverständlich verwahren wir Eltern uns gegen Literatur im Deutschunterricht, die, gelinde gesagt, nichts anders als eine „Schweinerei“ ist ».

Die vorgelegte Dokumentation beschränkt sich auf jenen Teil der gesammelten Informationen, die uns wesentlich erschienen. Erwähnenswert halten wir noch die in Tirol verbreiteten Gerüchte, daß die Entlassung Frau Dr. Larchers wegen ihrer Kontakte zum Institut für Erziehungswissenschaft Innsbruck seit langem geplant war und dieser Vorfall einen willkommenen Anlaß darstellte. Bekanntlich handelt es sich bei den Lehrpersonen des Instituts um jene, die sich wesentlich an der Erstellung eines Bildungsplanes für Südtirol beteiligen.

Die Öffentlichkeitsarbeit im Fall «Larcher», könnte auch für derartige Vorfälle in Südtirol beispielgebend sein. Da auch hier ähnliche Fälle bekannt geworden sind, soll angeregt werden, diese in Zukunft zu dokumentieren und zu veröffentlichen.

Rita Mair
Gottfried Solderer

ZUR STUDIENTAGUNG

Analyse der Studientagung

Wir wollen keine systematische und objektive Zuzugung «Die Sprache im Zusammenleben der Volksgruppen», die Sprache im Zusammenleben der Volksgruppen in Südtirol» behandelt wurde. Wir weisen lediglich auf einige Punkte hin, die uns wichtig erscheinen. Nachdem die «Dolomiten» ausführliche Berichte über den Verlauf der Studientagung gebracht haben, erscheint uns eine Wiederholung überflüssig.

Doppelsprachigkeit

Über die Notwendigkeit der Doppelsprachigkeit (nicht nur bei Beamten, sondern bei allen Personen) bestand Übereinstimmung. Der Ausdruck «Fremdsprache» für die 2. Sprache wurde des öfteren kritisiert. Wovüber keine Übereinstimmung erreicht wurde, waren die Fragen: Wie kann Doppelsprachigkeit erreicht werden?

In welchem Alter kann mit dem Erlernen der 2. Sprache begonnen werden? Welche sind die Probleme, die aus der konsequenten Anwendung der Doppelsprachigkeit entstehen werden (vor allem auf der Seite des Deutschen)?

Bezüglich der Gelegenheit zum Erlernen der 2. Sprache wurde in der Hauptsache auf die Schule verwiesen. Man wird jedoch auch den Kindergarten, die Spielplätze sowie die Mischehen näher ins Auge fassen müssen.

Die Auffassung, daß die Schule das Erlernen der 2. Sprache in ungenügendem Maße erreicht, wurde häufig geäußert.

An diesem Zustand sind nicht die einzelnen Lehrer der 2. Sprache schuld, sondern eine unzureichende Ausrüstung der Lehrer (Lehrinhalte, Methode) und der Mangel an Motivation aufseiten der Kinder, sich in einer anderen Sprache mitzuteilen. Der Wunsch, gerade auch über Formen des Erlernens der 2. Sprache genaueres zu wissen, wurde von allen Teilnehmern geäußert.

Sprachunterricht

Sprache ist nicht eine Fähigkeit, die mehr oder weniger von den einzelnen beherrscht wird, sondern sie hängt von den Sprechern ab, die in Kommunikation miteinander stehen. Sprache ist Kommunikation. Die hat natürlich Konsequenzen für das Sprachlernen, sowohl der 1. Sprache als auch der 2. bzw. jeder weiteren. Eine bestimmte Richtung innerhalb der Linguistik — der Strukturalismus — betrachtet Sprache als ein System von Zeichen, das für sich selbst besteht, losgelöst vom konkreten Sprachträger.

An diesem Zeichensystem führen die Strukturalisten ihre Analysen durch. Dagegen steht die Ansicht, daß Sprache niemals etwas Fertiges sei, sondern daß sie von den Sprechern in konkreten Situationen benutzt wird, immer Prozeß ist. Sprache wird als soziales Handeln aufgefaßt. Das sprechende Individuum verarbeitet sprachlich seine sozialen Erfahrungen, seine Erlebnisse und Bedürfnisse, wird sich sozialer Realität bewußt. In unserer Gesellschaft freilich — so sehen es die Vertreter dieser Sprachtheorie — besteht die Gefahr, daß die Individuen in dieser Hinsicht sprachlos gemacht werden. Sie können nur mehr Klischees, Vorurteile, vereinfachende Dichotomisierungen reproduzieren. Es ist daher nur folgerichtig, wenn hier mit Sprachtheorie auch eine Gesellschaftstheorie verbunden wird.

Das Lernen von Sprache geschieht nicht dadurch, daß die Sprecher ein Symbolsystem lernen und warten, bis dieses abgerufen werden kann, sondern daß die Sprecher in Situationen kommen, wo sie dieses Symbolsystem brauchen. Das Glasperlenspiel, wie Sprachlernen in der Schule bisher betrieben wurde, ist weder gedächtnispsychologisch noch motivationspsychologisch zu halten. Die Aufgabe des Sprachunterrichts (und das nicht nur in der Schule) ist es, Situationen zu schaffen, die die Sprecher genügend anregen, sich zum Thema zu äußern. Solche Inhalte, die ernsthafte und nicht nur gekünstelte Sprachsituationen provozieren, werden seit neuerem in Sprach-

lehrplänen entwickelt. Sie erfordern lange Forschung und vor allem Versuche. Improvisiert können sie nicht werden. Solche Lehrpläne enthalten Lernziele, Lerninhalte, Methoden und Kontrolle des Lerneffekts (daß die Note eine solche Kontrolle nicht sein kann, dürfte aus dem Gesagten hervorgehen).

Doppelsprachige Schule bzw. Kindergarten

Ausführlich wurde über die Frage der frühen Doppelsprachigkeit (null bis neun Jahre) sowie über die doppelsprachige Schule gesprochen. Dazu gibt es einige Untersuchungen. Die Resultate lassen keine eindeutigen Schlussfolgerungen zu. Ein wichtiges Kennzeichen der doppelsprachigen Schule (und ebenso eines doppelsprachigen Kindergartens) scheint uns zu sein, daß Kinder aus zwei bzw. mehreren Sprachgruppen miteinander im selben Klassenverband unterrichtet werden.

Hier einige Fragestellungen:

- Wann und wie wird in Mischehen entschieden, welche Sprache das Kind lernt? («Mischehe» ist ein Ausdruck, der anscheinend wertgeladen ist).
- Wann kann mit dem Erlernen der zweiten Sprache begonnen werden? Soll damit gewartet werden, bis sich die erste Sprache einigermaßen ausgebildet hat oder können zwei Sprachen zugleich gelernt werden? Die Tatsache, daß die Muttersprache der deutschsprachigen Südtiroler ein Dialekt ist, hat Konsequenzen für das Erlernen der deutschen Sprache sowohl der Südtiroler als auch der Italiener.
- Bei künftigen Diskussionen über die doppelsprachige Schule wird es notwendig sein zu sagen, wie sie organisiert sein soll.
- Will man über die Wirkung doppelsprachiger Erziehung eindeutige Aussagen machen, dann muß man vorher Versuche mit doppelsprachiger Erziehung machen. Bei der Analyse der Ergebnisse solcher Versuche wäre mehr auf einige Umstände zu achten: Folgen für die allgemeine Intelligenz, Wirkung auf allgemeine Leistung und spezifische Leistungen (in den Sprachen), Wirkung des subkulturellen Milieus.
- Etwas anderes ist es, wenn man die Wirkung der Doppelsprachigkeit auf eine Gruppe untersucht, z. B.: Sprachliche Interferenzen, Übernahme mancher kultureller Inhalte der anderen Sprachgruppe, Distanz zu anderen Sprachgruppen, Identifizierung der doppelsprachigen Mitglieder mit der eigenen Sprachgruppe und ihren Inhalten.

Grundgedanke der Resolution der Tagungsteilnehmer (vgl. *DOLOMITEN* vom 2.7.1973)

In Südtirol, d. h. am Ort, sollen die genannten Probleme, die mit Sprache und Kommunikation der Sprachgruppen untereinander zu tun haben, systematisch untersucht werden. An dieser Stelle soll einmal klar ausgesprochen werden, was auf der Tagung als Einzelmeinung umging: wissenschaftliche Resultate sind wissenschaftliche Resultate und politische Entscheidungen sind politische Entscheidungen.

Es dient der Klarheit bei Diskussionen, wenn man eine Stellungnahme, die eine politische Entscheidung beinhaltet, als solche kennzeichnet. Es sind zwei verschiedene Dinge, ob man durch Versuche die Möglichkeit der Verständigung und eines freundschaftlichen Zusammenlebens der Sprachgruppen bzw. die Unmöglichkeit als Schlussfolgerung erhält und daraus praktische Konsequenzen ableitet oder ob man das Zusammenleben fördert bzw. die Trennung aufrecht zu erhalten sucht. Eine politische Entscheidung ist immer eine Frage der Werte. Sie berührt, wie sie auch ausfällt, die Zukunft dieses Landes.

Walter Gufler
Herbert Platzgummer

Impressioni sul convegno di studi della SH

Sono stato a suo tempo un sostenitore delle iniziative che in questi due anni la SH ha intrapreso, per affrontare ed analizzare il problema della convivenza dei gruppi etnici nel Sudtirolo, sia come problema generale che come insieme di problemi particolari, perchè per la mia condizione di mistilingue ero convinto che molti di quelli che si considerano « gravi problemi » in realtà sono tali solo perchè essi sono visti da un'angolatura particolare, per lo più emotiva, e soprattutto con una visuale limitata ai confini della nostra provincia.

Ho partecipato a tali convegni nella doppia veste di persona mistilingue e di responsabile di un partito, da un lato per soddisfare la naturale esigenza di ciascuno di una continua ricerca e conoscenza di se stesso, dall'altro per trasferire nell'azione politica i risultati e gli obiettivi che da un'analisi corretta dei problemi emergono in altri termini per adeguare l'azione politica alla realtà e non, come troppo spesso succede, per forzare la realtà ai desideri di parte o alle ideologie.

E' stato quindi con soddisfazione che ho visto confermare anche da parte di studiosi e di esperti (in particolare del Dr. Larcher e del Dr. Gubert) quanto già intuitivo e credevo in merito ai problemi del « bilinguismo » e delle caratteristiche di mentalità che in genere si accompagnano alla conoscenza delle lingue nelle zone di confine, nonché in merito agli errori nella politica culturale ed economica provinciale.

Ritengo comunque che la SH possa essere soddisfatta sia dell'andamento sia dei risultati del convegno, perchè la qualità e l'impegno dei relatori e dei partecipanti ha ampiamente compensato il numero di coloro che erano presenti, soprattutto dei cosiddetti « responsabili politici ». Il mio unico personale timore è che questi ultimi vogliano snobbare o rigirare a proprio uso e consumo nelle loro sedi quanto è stato detto e discusso nel con-

vegno di studi; sarebbe un peccato, perchè ignorare o voler ignorare o deformare le conclusioni raggiunte significherebbe danneggiare tutta la comunità altoatesina.

A questo proposito vorrei chiarire un concetto che ho espresso nel corso del convegno; più o meno esso era: « Ich möchte nicht, dass in der nächsten Zukunft die Sprache und die ethnische Angehörigkeit Diskriminierungsmerkmale werden; das wahre Problem ist nicht so sehr die Sprache oder die Doppelsprachigkeit, es geht darum, einen « Lebensraum für unsere ganze Gesellschaft in Südtirol zu schaffen ».

Non vorrei che tali considerazioni venissero fraintese, assegnando loro significati che non volevano avere. Non si tratta solo di trovare e perseguire delle soluzioni che consentano a tutti gli abitanti del Sudtirolo di poter essere se stessi e di avere adeguata soddisfazione alle proprie capacità lavorative nel Sudtirolo stesso; si tratta soprattutto di individuare un ruolo al Sudtirolo nell'ambito più ampio non solo dell'Italia ma anche della Europa, e di favorire uno sviluppo economico, sociale e culturale delle popolazioni della provincia di Bolzano tale da arrestare l'emigrazione e l'emorragia di forze giovani e tale da evitare che le difficoltà che oggi già si incontrano possano ricreare delle tensioni pericolose.

Proporzionale etnica, obbligo della madre lingua, residenza prolungata in provincia o in regione per poter accedere a dei diritti: sono palliativi per tamponare momentaneamente la situazione, sono altresì garanzie doverose nei confronti delle popolazioni tedesche e ladine; ma possono, a mio avviso, anche portare ad una soffocazione culturale, sociale ed economica di tutto il Sudtirolo oltre che a situazioni di ingiustizia e di insofferenza per i singoli cittadini interessati. A vantaggio di chi?

Dr. Giovanni Spagnuolo

La lingua nella convivenza dei gruppi etnici nel Sudtirolo

Considerazioni sul convegno di studi organizzato dalla Südtiroler Hochschülerschaft

Dal 28 giugno al 1 luglio 1973 si è svolto a Bolzano il convegno di studi degli Studenti Universitari Sudtirolesi.

Purtroppo la scelta del periodo (per molti motivi non certamente ideale) ha impedito una folta partecipazione.

Peccato, perchè il tema trattato è stato di grande attualità e di grande interesse. Che i problemi riguardanti la lingua, soprattutto in riferimento al bilinguismo, siano assai sentiti dalle popolazioni altoatesine, è stato dimostrato dalla vivacità e dalla partecipazione degli interventi da parte del pubblico.

E' perciò doveroso dar merito agli studenti universitari sudtirolesi di aver voluto per primi affrontare un aspetto così peculiare e così vitale per le popolazioni della nostra regione.

E' stata una presa di coscienza della situazione, della realtà esistenti nella Provincia di Bolzano.

E' stato anche un atto di coraggio, perchè, abbandonando luoghi comuni divenuti ormai retorici ed irritanti, si sono voluti analizzare i problemi che interessano lo sviluppo di tutti i gruppi etnici conviventi nel Sudtirolo.

Il convegno ha avuto il grande merito di aver prospettato senza falsi pudori, ma con vivo senso della realtà, la problematica della lingua, vista quest'ultima non come mezzo di sopraffazione ma come strumento di espressione e di comunicazione fra le popolazioni altoatesine.

Tre giorni non sono certamente stati sufficienti per analizzare gli aspetti di ordine psicologico, ambientale,

didattico, sociale e politico che coinvolgono la lingua; il convegno deve però essere il primo gradino per un discorso più vasto sul ruolo che la lingua deve svolgere in Alto Adige.

Per me, come insegnante di seconda lingua ed interessato perciò agli aspetti che condizionano questo apprendimento, è stato assai interessante aver partecipato alle conferenze ed in parte anche ai lavori di gruppo. E' stata un'esperienza positiva sia per la novità dell'argomento, ma soprattutto perchè è stato finalmente possibile un incontro vivo, spassionato e sincero tra i gruppi linguistici. Lo scambio di idee, di impressioni, di esperienze fra popolazioni etniche diverse è un fatto altamente positivo, perchè favorendo la reciproca conoscenza, è in grado di eliminare sospetti, timori e anacronistici pregiudizi. E' in definitiva una valorizzazione della sensibilità umana.

Il fatto maggiormente positivo di queste giornate è stato proprio quello di aver creato la possibilità di esaminare insieme un problema che è comune a tutti e tre i gruppi etnici della provincia: quello appunto della lingua.

E' certamente assai difficile e complesso capire la natura della lingua. Non era del resto questo il tema del convegno.

Per natura l'uomo comunica; per comunicare egli si serve della lingua, di uno strumento che egli ha appreso naturalmente ed inconsciamente. La lingua è perciò caratteristica peculiare di un gruppo, è espressione di una particolare civiltà. Ad ogni lingua corrisponde infatti un modo diverso di vedere la realtà.

Che cosa succede dove convivono due o più gruppi linguistici?

Il problema è affascinante; per una sufficiente ana-

lisi è necessario conoscere tutti gli aspetti che lo coinvolgono, da quello psicologico-sociale a quello politico-ambientale, da quello didattico a quello formativo-pedagogico.

E' evidente che l'imposizione dell'apprendimento linguistico, il clima più o meno favorevole all'accettazione di una lingua non materna, dipendono dal concetto che si ha di bilinguismo.

Due gruppi linguistici, che per diversi fattori storici-politici devono convivere, sono portati ad incontrarsi. Lo esigono non solo l'intelligenza e la sensibilità umana, ma anche la realtà stessa delle cose. Non si può avere una società armonicamente sviluppata dove essi si scontrano o alla meno peggio si ignorano.

Nella dimensione attuale, sempre più aperta agli incontri, ci si rifiuta di pensare a gruppi linguistici che crescono assieme ignorandosi.

Certamente ogni gruppo ha diritto ad un suo autonomo sviluppo, ma ha anche il dovere morale di conoscere il gruppo che gli vive accanto. Una situazione di reciproco disinteresse, o peggio, di reciproco disprezzo è mortificante per l'uomo.

La collaborazione, la convivenza, è possibile conoscendo lo strumento che serve a comunicare, conoscendo cioè la lingua dell'altro gruppo.

Quanti conflitti politici, sono stati conflitti linguistici.

E' scontato che la possibilità di potersi esprimere oltre che nella propria madrelingua anche nella lingua dell'altro gruppo etnico, porta al superamento dei sospetti, dei pregiudizi, dei timori, dei complessi di inferiorità o di superiorità. E' una realtà che si è potuta riscontrare anche durante le giornate del convegno.

La lingua, nella nostra particolare situazione, non è solo espressione del proprio mondo, della propria esperienza, ma mezzo per comunicare, per comprendere i valori, le caratteristiche, la cultura dei gruppi linguistici.

Significa questo assimilazione o integrazione di uno dei gruppi etnici?

Significa essere realisti, adattarsi cioè alla realtà della nostra regione: il bilinguismo non è un compromesso fra due nazionalità, ma uno strumento di progresso sociale, civile ed intelligente.

La lingua materna deve poter vivere autonoma, deve mantenere i suoi valori di civiltà, ma non deve diventare uno strumento di sopraffazione etnica. Accanto alla lingua materna la seconda lingua, da apprendimento aggiuntivo e scarsamente motivato, deve poter svilupparsi

spontaneamente. La realtà della nostra Provincia rifiuta una seconda lingua con fini esclusivamente utilitaristici, perché in quest'ultima maniera non contribuirebbe alla reciproca conoscenza e comprensione.

Un bilinguismo così inteso può portare ad un miscuglio di culture o alla perdita di parte delle proprie caratteristiche?

E' evidente che se ogni lingua è espressione di una particolare civiltà, l'armonica conoscenza delle lingue parlate nella nostra Provincia, porta di conseguenza alla accettazione anche dell'altra civiltà. Senza questa accettazione il discorso linguistico, ai fini della comprensione, resta sterile ed artificioso.

Questo fatto non rappresenta però un danno per lo sviluppo della persona. La cultura non ha infatti confini, steccati, pregiudizi; la cultura è diffusiva e si apre all'uomo indipendentemente dal gruppo al quale appartiene.

Fossedere due o più strumenti di comunicazione non costituisce perciò alcun pericolo; è fattore invece di arricchimento spirituale e di apertura mentale.

Spetta perciò alla Provincia avviare, nel rispetto reciproco, le possibilità di collaborazione viva, intelligente e realistica.

E' questo un atteggiamento degno della persona umana; la realtà delle cose esige ormai di vedere e di agire non più mitologicamente, ma antropologicamente.

Si devono eliminare gli ostacoli che impediscono una reale convivenza: restare nel dubbio, nel timore, nel pregiudizio, è atteggiamento sterile, mortificante e significa non avere capito il ruolo della nostra Provincia.

Il convegno organizzato dalla Hochschülerschaft è scaturito proprio dall'esigenza di vedere con chiarezza nel futuro delle nostre popolazioni; dalla insoddisfazione di posizioni ormai superate e mortificanti.

Forse per questo hanno trovato ostacoli quando hanno voluto affrontare questo tema?

Gli studenti universitari sudtirolesi hanno avuto il merito di iniziare un dialogo; sarebbe avvilente non accettare questo discorso. Significherebbe non comprendere l'occasione che viene offerta alla nostra regione: di essere effettivamente una terra a respiro europeo, non solo a parole.

SERGIO VENCO
Insegnante di seconda lingua

Die Rolle der Sprache bei der Gruppenbildung

Diese Abhandlung wurde vom Kollegen Herbert Platzgummer als Arbeitspapier für die Studententagung erstellt und soll hiermit einem größeren Leserkreis zugänglich gemacht werden. In dieser Nummer wird der erste Teil abgedruckt, die Fortsetzung folgt in der nächsten Nummer.

Im nachstehenden Text stehen einige Überlegungen, wie sie die Soziologie der Sprache anstellt. Besondere Befunde dürfen nicht erwartet werden. Solche liegen in der Soziologie der Sprache auch gar nicht vor. Doch glaube ich, stellt diese Forschungsrichtung einige relevante Fragen, wie sie die traditionelle Philologie und auch die Linguistik nie gestellt haben. Der Titel könnte dazu verleiten, anzunehmen, die Sprache sei ein maßgeblicher Faktor bei der Gruppen-

bildung. Das ist nicht gemeint und ist offenbar auch nicht der Fall. Der Titel soll nur die Aufgabe haben, ständig an die mir wichtig erscheinende Tatsache zu erinnern, daß soziales Leben immer in Gruppen stattfindet. Der Ausdruck «Sprache» wird nicht immer gleich gebraucht. Er kann heißen: einmal ein Kommunikationsmittel (zum Unterschied von einem Signalsystem), dann eine bestimmte Sprache (Deutsch-Französisch), schließlich ein sprachliches Element oder eine Kategorie (in Korrespondenz zu einer sozialen Kategorie). Welche Bedeutung gemeint ist, geht aus dem Kontext hervor.

Das Thema ist in drei Aspekten behandelt:

- I. Sprache zwischen den Gruppen
- II. Sprache innerhalb der Gruppen
- III. Sprache als Mittel für nicht-kommunikative Ziele

I. Sprache Zwischen den Gruppen

a) Bevor ich über die Funktionen der Sprache rede, mag es nützlich sein, kurz daran zu erinnern, in welchem Bezugsrahmen diese Funktionen sich vollziehen. Denn nur dann läßt sich etwas über ihren Sinn sagen. Der Ort heißt «Gesellschaft» und wird je nach dem theoretischen Standpunkt als «System», als «Staat» etc. bezeichnet. Abgesehen von den Aussagen, die solche Standpunkte enthalten und die hier nicht zur Diskussion stehen, läßt sich über alle Konzepte sagen, daß sie als strukturiert gedacht sind u. absolut nicht amorphe Gebilde darstellen, wie es die Idee der «Massengesellschaft» zu suggerieren scheint. Jedes soziale Gebilde ist strukturiert, nach welchen Gesichtspunkten dies auch geschehen sein mag. Das braucht nicht Überordnung-Unterordnung zu sein; es kann

auch eine Form der Arbeitsteilung sein. Aber ein soziales Gebilde ohne Struktur existiert nicht und ist, nach allem was man weiß, auch nicht vorstellbar. Wir nennen jene Form der Gliederung, die Arbeitsteilung bedeutet, gewöhnlich «Rolle». Das heißt natürlich nicht, daß man eine Rolle übernimmt und wieder abgibt, wie im Theater. Meistens ist es sogar so, daß dieses Rollenübernehmen nicht ganz freiwillig oder willkürlich geschieht. Hat man eine wichtige Wahl getroffen, so sind bestimmte Handlungen im Gefolge. Aber in der Regel hat ein Individuum nicht immer die selbe Rolle inne; der große Teil der Menschen spielt mehrere abwechselnd. Ein anderes Gliederungsmerkmal ist «Status».

Dieser Begriff unterscheidet sich von dem der «Rolle» insofern, als er die Stellung in einem System (bzw. die Stellung in mehreren Systemen zusammengenommen) bedeutet, die es dem Individuum erlauben, eine Rolle zu spielen. Status und Rolle, die weitgehend das Leben des Individuums determinieren, haben eine Funktion innerhalb des betreffenden Systems (wenn man das Gleichgewicht des Systems im Auge hat, auch «Dysfunktionen»).

Damit Funktionen ausgeübt werden können, braucht es eine Interaktion zwischen den Mitgliedern. Zu einem großen Teil besteht diese in der Kommunikation miteinander. Schließlich wäre noch zu erwähnen, daß jedes größere System sich in Untersysteme gliedert, d.h. innerhalb des Systems schließen sich Teile zu jeweils einer Gruppe zusammen, bestehend aus mehreren Individuen. Auch dies ist universell.

Mit diesen Begriffen ist ein grobes Schema der Gesellschaft gezeichnet, das auf mehrere Typen von Gesellschaften zutreffen kann.

Natürlich besteht ein großer Unterschied zwischen einem sogenannten «primitiven» Stamm und der Gesellschaft eines Industriestaates. Während sich der primitive Stamm einer «face-to-face»-Gruppe annähert, ist der Zusammenhang zwischen den Gliedern der Industriegesellschaft nur über Mittolglieder, über Institutionen u. ä. gewährleistet. Die Gruppen, zu denen wir tatsächliche Beziehung haben, nicht nur aufgrund abstrakter Kenntnis, sind wenige und liegen auf einem niederen Niveau, wenn wir die Gruppen, die den Zusammenhang in einer Gesellschaft herstellen, uns pyramidenartig aufgebaut denken möchten. Das hat natürlich auch Konsequenzen für die Kommunikation.

b) Wie wir aus der Zoologie wissen, haben alle Tiere, die in Gemeinschaften leben, und offenkun-

dig wird es ja bei höheren Tieren, ein Zeichensystem. Mit seiner Hilfe verständigen sie sich und können interagieren, z. B. Futter teilen (anstatt einander vorher zu verprügeln) und gemeinsam auf Beutefang gehen. Vom anthropozentrischen Standpunkt aus gesprochen: für ihre Bedürfnisse reicht das Zeichensystem. Was die menschliche Sprache leistet, ist nicht nur z. B. sagen zu können: «Hier liegt was zu fressen versteckt», sondern auch: «Gestern habe ich dort, 50 km von hier, einen Braten gekostet, sowas ist dir noch nicht untergekommen». Damit kann die menschliche Sprache von etwas abstrahieren, was offenbar dem Signalsystem der Säugetiere und der Vögel nicht gelingt, vom Ort (wäre noch denkbar) und von der Zeit.

Mit der Sprache kann ich aber auch ein Gericht imaginieren, das es vielleicht nicht gibt. Es gibt Wissenschaften, die auf dieser Fähigkeit der Sprache beruhen. Die Sprache ist also nicht nur Verständigungsmittel und als solches gesellschaftlich relevant, sondern sie kann ein eigenes soziales Phänomen sein. Die Sprache kann sich insofern selbständig machen, daß ihre Hilfsmittelfunktion undeutlich wird od. zurücktritt. In der Tat hat sich die Sprache von ihrem vermutlich ursprünglichen Stand als Zeichengeber weit entfernt und ein Struktur-niveau erreicht (und zwar gilt dies für alte Sprachen wie für Eingeborensprachen), die jedes Individuum zwingen, sie erst verhältnismäßig mühsam zu lernen, bevor es sich ihrer wirklich bedienen kann. Es gibt außerdem Elemente in der Sprache, die der Funktion der ökonomischen Verständigung nicht einmal besonders gerecht werden. Meist ist jedoch nicht dieser Aspekt gemeint, wenn wir von sozialer Funktion der Sprache sprechen. Gemeint ist ihre Stellung als Medium der Kommunikation. In diesem Sinne kann man sagen, daß die Sprache weitaus das beste Medium ist, das wir kennen. Mit der Sprache teile ich Erfahrungen (jedweder Art) mit, Gedanken, Wünsche, Befürchtungen, gebe Befehle, stelle Fragen. Ich sage manchmal fast mehr über mich selbst, als über die Sache, über die ich rede. Ich gebe meine Position dem Zuhörer, Gesprächspartner kund (oder was ich für meine Position halte) und ich gebe Informationen weiter und lasse gleichzeitig durchblicken, wie ich darüber denke. Sicherlich geht das nicht in jeder Sprache gleich oder gleichgut.

Schon bei Kenntnis zweier Sprachen oder auch nur Dialekte merken wir, daß eine Sprache bestimmte Ideen oder Gefühle eleganter, kürzer, zweideutiger ausdrückt, als die andere. Grundsätzlich gilt jedoch für jede Sprache die bekannte

Lasswell-Formel: Wer sagt Was zu wem in welcher Form unter welchen Umständen. Diese Formel ist abgekürzt ein Programm der Soziologie der Sprache. Die Form der Rede hängt ab vom Sprecher (wer?) vom Thema (was?), vom Zuhörer, Gesprächspartner (zu wem?), von der Gesprächssituation (unter welchen Umständen?). Je nachdem wer spricht, wird die Rolle verschieden sein. Unter sozialen Aspekten kommt hier die «Rolle» und der «Status» der Sprechers zum Ausdruck. Status (Alter, Geschlecht, Ausbildung usw.); zugleich wird die Rede auch von der Rolle des Sprechers gefärbt, die er gerade inne hat (Beamter, Verkäufer, Lehrling).

Status und Rolle bestimmen in etwa den tatsächlichen Sprachgebrauch, d.h. sie führen den «Duktus» der Rede. Natürlich kommt die Persönlichkeit auch etwas zum Vorschein; zum Teil beruht dies jedoch auf verschiedener Auffassung über die Rolle, z. B. gestrenger Vater oder milder Vater, welche Auffassungen ihrerseits auch zum guten Teil gesellschaftlich vermittelt sind.

Vom Status und von der jeweiligen Rolle des Zuhörers hängt die Form der Rede ab. Abgesehen von den Föhrwörtern und Anredeformen, die häufig beobachtet wurden, führt die Stellung des Sprechers zum Zuhörer weitgehend die Art der Rede. Drei Beispiele: einem bekannten Kind gegenüber, einem Freund gegenüber, einem Manager gegenüber, in dessen Abteilung, wie man weiß, demnächst eine gute Stelle frei wird. Die Beispiele sind deshalb extrem gewählt, weil sich die Rede in allen sprachlichen Bereichen: phonetisch, lexikalisch, grammatikalisch, syntaktisch (und Gedankenverknüpfung) unterscheiden wird. Solche gravierende Unterschiede sind nicht gegenüber beliebigen Zuhörern zu erwarten. Die Art zu reden hängt dann auch vom Thema ab (indem wir jetzt einmal annehmen, Tratschen und assoziativen Gedankensprünge nachzuhängen, behalte genauso ein Thema wie streng diskursiv ein Argument entwickeln). Wahrscheinlich sind die bemerkenswertesten Unterschiede zwischen diesen zwei Beispielen die unterschiedliche syntaktische Reihung: strenge Reihung mit Verknüpfungsgliedern beim einen, unvollständige und abgebrochene Sätze beim anderen. Schließlich der Einfluß der Gesprächssituation: eine Belehrung sieht (auf dem Papier) und klingt anders, als das Gespräch beim Kartenspiel.

Unterschiede und also der Einfluß der Faktoren lassen sich im Alltag leicht finden. Solche Befunde sind «impressionistischer» Natur. Doch von strengerer Art sind die Befunde in den wissenschaftlichen Arbeiten vorerst auch nicht. Vor allem sind solche Befunde an zu wenigen

Gruppen nachgewiesen, um ihre Allgemeingültigkeit, ihre Inter-Gruppengültigkeit zu bestätigen. Die Schwierigkeit liegt vor allem darin, daß sich die Faktoren, die für die Sprachverwendung relevant sind, schwer isolieren lassen.

Denn hier überlagern sich die verschiedensten Dimensionen. Folgender Sachverhalt wird ziemlich allgemein angenommen: die Sprache wird vom Sozialverhalten determiniert und nicht umgekehrt. Das Sozialverhalten bildet Strukturen der Sprache, seinen Bedürfnissen entsprechend aus. Einfache Korrelationen zwischen einem bestimmten Bereich des Sozialverhaltens einerseits und einem sprachlichen Element andererseits sind nicht gefunden worden. Es ist wahrscheinlich auch müßig, nach solchen direkten Entsprechungen, etwa noch in ganz konkreten Bereichen zu suchen. Korrelationen sind wahrscheinlich vermittelt durch dahinterliegende Faktoren. Doch ist im einzelnen über solche Entsprechungen wenig bekannt. Solche Faktoren wären die « Kultur », die « Ideologie », « menschliche Bedürfnisse ».

Da wir hier den Begriff der Kultur früher oder später ohnehin beziehen müssen, sei er an dieser Stelle kurz erörtert. Berger und Luckmann verstehen unter Kultur die geordnete Gesamtheit der Werte und der « normalerweise » nicht weiter hinterfragten Selbstverständlichkeiten in einer Gesellschaft. Was diesen Begriff auszeichnet ist seine weite Anwendbarkeit. Er paßt auf Industriegesellschaft genauso wie auf einen primitiven Stamm, und er paßt auf die Differenzierungen in einer großen Gesellschaft. Was der Begriff nicht enthält, ist das technische Rüstzeug einer Gesellschaft. Oder nur, so wie sie dies im Selbstverständnis der Mitglieder widerspiegelt. Der Begriff, der Subjektives, wie « Objektiviertes » enthält und dynamisch aufgefaßt ist, ist geeignet, die Kräfte zu erfassen, die das soziale Verhalten regeln ebenso wie die Sprache, die Teil derselben ist.

c) Jede Gruppe, d. h. trivial gesprochen, jede Sammlung von einer Mehrzahl von Menschen, die miteinander mehr zu schaffen haben, als mit anderen Zeitgenossen (außerhalb der Gruppe), strebt danach, die Differenzierungen zwischen ihren Gliedern gering zu halten. Geringe Differenzen und rege Kontakte zwischen den Gliedern dienen der Stabilität der Gruppe. Dieses Bestreben tritt vielfach auch dann in Aktion, wenn sich die wenigsten Gruppenmitglieder der eigentlichen Funktion bewußt sind. Bevor ein Gruppenmitglied ausgeschlossen wird, wird mit verschiedenen Sanktionen versucht, es « auf den rechten Weg » zu bringen. Über es lachen, ist eine der mildesten Sanktio-

nen. Auf die Sprache bezogen heißt dieses Bestreben nach Einheitlichkeit, abgesehen vom Störfaktor der Abweichungen: leichtere Verständigung. Auf die reibungslose Verständigung und die Vermeidung von Mißverständnissen ist die Interaktion der Gruppenmitglieder ja angewiesen. Der Versuch, in der Gruppe die Unterschiede zu reduzieren, hat aber die Wirkung, sie nach außen zu vergrößern. So wird die Sprache schließlich zu einem wichtigen, oder wenigstens auffallenden Gruppenmerkmal. Die Tendenz der Individuen, Sprache verschieden von anderen zu gebrauchen (siehe oben), ist auffallend und ist universell — Status und Rolle als soziale Kategorien determinieren die Sprache (Verwendung). Die soziale Gruppe als eine andere soziale Dimension versucht ebenso die Sprache zu determinieren und kommt den anderen Dimensionen sozusagen in die Quere. Individualsprachen werden in der Linguistik als « Idiolekte » bezeichnet. Ihre Abgrenzung dürfte schwieriger sein. Aber auch die Frage: ist ein Idiolekt konstant, was bleibt im Sprachgebrauch eines Individuums als Gemeinsames, wenn es sich durch sämtliche Aspekte der oben genannten Lasswell-Formel hindurchgewurstelt hat, ist nicht beantwortet.

Wie sind National- und Standardsprachen entstanden?

Knappste Antwort: nicht so, wie es uns die Philologie-Bücher suggerieren. Doch damit ist wenig gesagt. Auch die Frage: wer war früher, die Dialekte oder die Standardsprache, ist nirgends beantwortet. Die Frage ist von der Art: wer war früher, die Henne oder das Ei. Wobei man hier nicht einmal weiß, wer Henne und wer Ei ist. Ich plädiere vorsichtig für die Dialekte. Das Pech ist, daß das Problem kaum lösbar ist, weil man immer noch weiter zurückgehen kann. Wie am Lateinischen gezeigt werden könnte. Warum mir wahrscheinlich erscheint, daß die Dialekte zur Standardsprache geführt haben und nicht umgekehrt die Standardsprache die Dialekte hervorgebracht hat, hat keinen linguistischen, sondern einen historischen Grund.

Die Lebensart der Leute, genauer: ihre Verstreutheit als Stamm in Siedlungen macht es glaubhafter, daß sie eine eigene Sprache hatten. Die Sprachen, die Tochtersprachen und Dialekte hervorgebracht haben, sind gewöhnlich selbst Mischprodukte. Die Entwicklung dreier großer europäischer Sprachen zu Nationalsprachen kennen wir. Catalan ist eine Literatursprache. Aber nicht Catalan ist die Grundlage der spanischen Nationalsprache, sondern das Kastilische, das zu der Zeit bei weitem nicht eine so vornehme Ahnenreihe aufweisen konnte wie das Catalan. Aber hinter dem Kastili-

schen standen die Könige von Kastilien, die Spanien einigten und kastilische Kultur und Sprache in ganz Spanien einführten. In Frankreich ist es der Dialekt von Paris und der Isle de France, der zur Nationalsprache erhoben worden ist. Macht war auch hier am Werk. In England wurde schließlich der Dialekt von London, die Standardsprache des Vereinigten Königreiches (und Irlands). Nationalsprachen sind zu einem beachtlichen Teil immer bewußte Schöpfungen. Entweder daß eine Sprache zur Schriftsprache ausgebildet wird oder durch Mischung mehrerer Dialekte zur Standardsprache gestaltet wird (wie bei mehreren Sprachen Osteuropas im 19. Jahrhundert), oder daß ein Dialekt aus den vielen Landesdialekten als Nationalsprache durchgesetzt wird; wobei Akademien über die Reinerhaltung der Sprache wachen (Spanien und Frankreich). In allen Fällen hat das mit Politik zu tun. Entweder durch Entwicklung einer eigenen Literatursprache die Unabhängigkeit der Nation vorbereiten oder, bei der epochebedingten völlig anderen Auffassung von Nation, ein Land unter Kontrolle eines Herrscherhauses zu halten.

Es gibt zwar Sprachen, die besser ausgebildet sind als andere, so kann eine Standardsprache über einem verwandten Dialekt stehen. Man kann z. B. mit der Sprache der Sprachbücher (Wörterbuch und Grammatik) mehr ausdrücken; sie hat ein ausgebildetes Schriftsystem; sie ist vielfältigen Bedürfnissen gewachsen; sie hat eine reiche Literatur (obwohl dies u. U. wenig bedeutet). Die Anerkennung und öffentliche Benutzung sowie Unterstützung durch maßgebliche Leute (früher Herrscher, heute Verwaltung, Schule, Wirtschaft mit Reklame, Massenmedien) nützt ihr wahrscheinlich in der Konkurrenz mit anderen Sprachen mehr. An und für sich ist es kein Merkmal einer Sprache, besser oder vornehmer als eine andere zu sein. Es ist dies die Meinung von Leuten und diese Meinung stützt sich dabei auf nicht-sprachliche Kennzeichen (z. B. das Merkmal des « Gewöhnlichen » in der Sprache darauf, daß es von gewöhnlichen Leuten gesprochen wird). Hat man aber die National- bzw. die Standardsprache und hat man Kriterien, eine Sprache zu empfinden, so läßt sich vor dem Hintergrund der Standardsprache eine konkurrierende Sprache oder ein Dialekt beurteilen. Die Nationalsprache vor gewissen unedlen Einflüssen zu bewahren, das kann der politische Auftrag einer Sprachakademie sein. Der der französischen war es einmal, den Hof von allen « niederen » Einflüssen zu distanzieren. Hinzu kommt der Gesichtspunkt der politischen Einheitlich-

keit, auch im Sprachverhalten. Offenbar relativ spät wurde der Gesichtspunkt einer Sprache, die als allgemeines Verständigungsmittel geeignet ist, relevant. Heute beobachten wir, daß Sprachakademien Veränderungen, die ohne ihr Zutun eingetreten sind, registrieren, was immer neue Auflagen der Grammatikbücher erfordert; während ihre Sprachverordnungen kaum ernst genommen werden.

d) Eine Institution, die in der Lage ist, die Menschen in ihrem Bereich zu beeinflussen, sodaß sie ihre Glaubensinhalte, Werte und ihre Namen annehmen, die die Menschen in ihrem Einflußbereich also wirksam kontrolliert, übt Macht aus. Eine solche Institution könnte auch die Sprachgemeinschaft sein. Der Einfluß ist umso größer, je klarer die Monopolstellung der einen Institution ist, d.h. je weniger andere Institutionen mit anderen Inhalten sie dabei stören. Da eine Rückwirkung der Sprache auf die Gesellschaftsstrukturen nicht angenommen wird, könnte diese Beeinflussung darin bestehen, daß die Sprache auf das Denken der Individuen wirkt (und über Vermittlung des Denkens der Individuen auf das Sozialverhalten) oder daß eine Sprachgemeinschaft, die sich dieses Merkmals bewußt ist, in ihrem Bereich bes. Inhalte verbreitet (was eine organisierte Gruppe voraussetzt.) Die Frage, die an dieser Stelle steht, heißt: Ist die Sprachgemeinschaft die einzige Institution, die auf Individuen Einfluß ausüben kann? Die Antwort ist klar: nein. Es ist ein brauchbares Konzept eingeführt worden: die Kommunikationsgemeinschaft. Eine Gemeinschaft tauscht relevante u.a. Informationen aus, ohne sich einer bestimmten Sprache bewußt zu bedienen. Eine solche Kommunikationsgemeinschaft wäre z.B. der Staat mit seinen vielfältigen Informationen. Oder eine Religionsge-

meinschaft. Vielleicht auch die so und so Fernsehgemeinschaft (z.B. bestimmte Sendereihen).

Pointiert, aber nicht unrealistisch könnte man auch die Werbungsgemeinschaft, also die Gemeinschaft der kommerziellen Werbung anführen. Es wird immer offensichtlicher, daß sie zu den Beiträgern der Kultur, der ungefragten Selbstverständlichkeiten (i.S. der obigen Definition) gehört. Die Sprachgemeinschaft ist also keineswegs die einzige Trägerin von Einfluß; verschiedene andere üben Einfluß aus, unabhängig von ihr. Die nächste Frage wäre die nach dem Gewicht des Einflusses, den die einzelnen Institutionen ausüben.

Sprache und Staat

Der Staat als System mit seinen Strukturen und Funktionen benutzt natürlich in einem hohen Maße die Sprache für die vielfältige Kommunikation. Auf der anderen Seite ist der Staat, als Staatsgebiet, eines der Systeme, die am klarsten abgegrenzt sind. Dies mag, so kann man vermuten, dazu geführt haben, daß Sprache und Staat im Bewußtsein der Leute eine Verbindung eingegangen sind, die in der Realität nicht besteht. Der Staat benutzt die Sprache als Kommunikationsmittel. Es genügt ihm, wenn dieses Mittel für seine Bedürfnisse taugt. Welche Sprache das ist, ist ihm zunächst gleichgültig. Zwar drängen Staaten nach Einheitlichkeit der Kommunikation. Dieses Drängen haben jedoch moderne Staaten allgemein. Einheitlichkeit in der Verwaltung z.B. Wir empfinden die gleichen Anforderungen an die Beamten, die gleiche Besoldung und Beförderung der Beamten als Fortschritt. Daß die moderne öffentliche Verwaltung einen Zug zu einheitlichen Normen hat, darf nicht verkannt werden. Dies drückt sich auch in der Verwendung der Sprache aus. Dazu kommt, daß die Verwaltungssprache meist standardisiert ist

(« Behördensprache »). Ist die Sprache nicht dieselbe, muß diese Standardisierung mehrmals erfolgen. Mißverständnisse sind nicht ausgeschlossen. Daß es nur ganz wenige Staaten gibt, die eine solche einheitliche Sprache haben, macht die Behauptung vom Drang nach Einheitlichkeit noch nicht ungültig. Die meisten Staaten sind zu einer Zeit und unter Umständen entstanden, daß sie mit den bestehenden Situationen einfach vorlieb nehmen mußten. Immerhin, es scheint, daß das System Staat nur begrenzte Unterschiede verträgt. Wenn die Sprachunterschiede zu groß sind, leidet die Kommunikation und das Funktionieren der Teile ist gestört, oder es machen sich Tendenzen bemerkbar, eine Kommunikationsform zu entwickeln, die sich in relevanten Angelegenheiten über die Verschiedenheiten hinwegsetzt (lingua franca). Das System Staat ist nämlich darauf angewiesen, daß es genügend Leute zur Verfügung hat, die die Verschiedenheiten beherrschen und für das System überbrücken. Fehlen diese, so werden die Verschiedenheiten zur direkten Gefahr. Es scheint, daß der Mehrsprachigkeit bei Leuten Grenzen gesetzt sind. Selbst in der Schweiz gibt es dem Vernehmen nach nicht viele, die drei Sprachen beherrschen. Die Kommunikation findet jeweils zwischen zwei Sprachen statt. Leicht wird dann eine Sprache, über die die (kleineren) Teile kommunizieren, in eine Lage versetzt, über andere zu dominieren. Daß es eine bestimmte Sprache ist, die sich mit dem Staat verbindet, hat weder einen sprachlichen Grund, noch erfolgt diese Bevorzugung aus dem System Staat. Dem ist es gleichgültig. Wenn eine bestimmte Sprache unter anderen vergleichbaren bevorzugt wird und zur Staatssprache wird, sind dafür Macht einer bestimmten Gruppe oder Einflußstreben einer Gruppe ausschlaggebend.

Herbert Platzgummer

ENTSCHLISSUNG

Die Teilnehmer an der Studientagung der Südtiroler Hochschülerschaft zum Thema « Die Sprache im Zusammenleben der Volksgruppen in Südtirol »

stellen fest:

- daß wissenschaftliche Ansätze, auch von seiten einzelner Südtiroler, zur Untersuchung von Fragen der Doppelsprachigkeit in gemischtsprachigen Gebieten, und auch für Südtirol, vorhanden sind;
- daß letztere aber nur auf die persönliche Initiative einzelner zurückzuführen sind;
- daß diese Ansätze weiterentwickelt werden müssen, damit sie im Interesse der Verständigung und Bereicherung der Volksgruppen Anwendung finden.

Sie fordern:

- daß die Staatsregierung, die Landesregierung, die Massenmedien, die Schulbehörden, die kulturellen, sozialen, politischen und re-

ligiösen Institutionen den vorliegenden Ergebnissen die nötige Beachtung schenken und für die Weiterleitung an die Öffentlichkeit (Lehrer, Eltern, Schüler usw.) sorgen;

- daß die Landesregierung umgehend die Schaffung eines landeseigenen, ständigen, wissenschaftlichen Instituts zur Forschung in diesem Bereich veranlaßt, wobei sie von der Koordinierung der bestehenden Einzel- und Gruppeninitiativen ausgeht, und daß sie eine angemessene finanzielle Unterstützung (Finanzierung von Studienaufenthalten, Dissertationen usw.);
- daß diese Forschungen in enger Zusammenarbeit zwischen den drei Volksgruppen erfolgen.

Die Teilnehmer verweisen außerdem auf die Notwendigkeit einer Verbesserung der Didaktik und einer Erneuerung der Lehrinhalte im Sprachunterricht in Südtirol, insbesondere was den Abbau der Vorurteile und eine bessere Kommunikation zwischen den Gruppen betrifft.
Bozen, am 1. Juli 1973

STAAT UND MINDERHEITEN

Le vie dell'assimilazione e dell'oppressione delle minoranze linguistiche e nazionali

Hier wird der Hauptteil des Referates wiedergegeben, das Prof. Samo Pahor, Triest, während des Internationalen Südtirol-Seminars mit dem Thema: «Selbstbehauptung oder Assimilation, Die Alternativen einer Minderheit» in Neumarkt/Steinermark, gehalten hat. Prof. Pahor ist Direktor der «Biblioteca Nazionale degli Studi Sloveni di Trieste», Sekretär des «Comitato per le Comunità etnico-linguistiche e per la cultura regionale del Friuli-Venezia Giulia, sezione regionale dell'AIDLM (Associazione internazionale per la difesa delle lingue e culture minacciate).

Una questione essenziale, della quale bisogna sempre tener conto quando si vagliano i problemi delle minoranze, è quella della coscienza (Bewusstsein).

La coscienza al livello più basso è il semplice rendersi conto della differenza che passa tra l'individuo stesso, tra la sua comunità e gli altri. Tale coscienza si trova presso tutti i popoli e gruppi minoritari di essi anche se in taluni, linguisticamente più affini agli altri popoli o ai gruppi maggioritari, può trovarsi in una forma più latente che negli altri.

Questa coscienza che chiamerei linguistica o etnico-linguistica può svilupparsi dalla fase più o meno latente in una coscienza più forte, vigorosa, capace di manifestazioni esterne ed allora assume la denominazione di coscienza nazionale. In questa fase l'individuo si rende conto non soltanto della differenza che passa tra lui e gli altri, ma anche dei diritti che da tale differenza gli derivano e manifesta la propria coscienza anche col chiedere l'attuazione e il rispetto dei suoi diritti.

Tale sviluppo non è iniziato ovunque contemporaneamente e persino nelle zone in cui esso è stato notevole, non ha raggiunto sempre tutti gli strati della popolazione. Così si hanno tuttora zone e strati sociali in cui la coscienza delle proprie peculiarità è rimasta ancora allo stato primitivo, al livello più basso.

Sulla coscienza nazionale si basa il principio della nazionalità, che è teoricamente la base di quasi tutti gli stati moderni, e il diritto alla autodeterminazione dei popoli, che in un certo senso è il culmine del principio della nazionalità.

La manifestazione precipua della coscienza nazionale è quella di chiedere per se stessi e per la propria lingua gli stessi diritti che godono gli altri e le altrui lingue. E' questa

pure l'unica forma di coscienza nazionale che permetta la pacifica convivenza tra i popoli e in definitiva anche l'unificazione dell'Europa.

Una delle formulazioni di questo concetto è quella fatta dal poeta sloveno France Preseren ancora nel 1844:

«Vivano tutti i popoli che desiderano vedere il giorno in cui ovunque splenda il sole le contese saranno fugate dal mondo

/ in cui / ogni connazionale sarà libero e non nemico ma soltanto / buon / vicino sarà il confinante »

Un'altra formulazione, fatta però a misura dell'individuo, è quella contenuta nel primo articolo della Dichiarazione universale dei diritti dell'uomo:

«Tutti gli esseri umani nascono liberi ed eguali in dignità e diritti. Essi sono dotati di ragione e di coscienza e devono agire gli uni verso gli altri in spirito di fratellanza».

La formazione degli stati «nazionali» ha creato le minoranze o almeno il problema delle minoranze che possono essere, a seconda dello sviluppo della propria coscienza, linguistiche o nazionali. Contemporaneamente ha portato la coscienza linguistica e nazionale a nuovi sviluppi.

In primo luogo ha provocato un fenomeno che potremmo forse chiamare l'ipertrofia della coscienza nazionale: taluni gruppi incominciano a pretendere per se più di quanto non siano disposti a riconoscere agli altri. E ciò nel nome della superiorità del proprio gruppo sia perché esso è più numeroso, sia perché è più ricco e quindi potente.

Le manifestazioni dell'ipertrofia della coscienza nazionale sono sostanzialmente di due tipi. Sono del primo tipo quelle che tendono ad eliminare o comunque a far sparire gli appartenenti ai gruppi minoritari. Sono invece del secondo tipo quelle che si limitano a perpetuare delle discriminazioni lesive della pari dignità umana a danno dei gruppi minoritari. Tutti e due i tipi di manifestazioni provocano di riflesso altri fenomeni.

Primo. Le vittime effettive e potenziali delle manifestazioni maggiormente violente della coscienza nazionale ipertrofica si sentono minacciate nella propria esistenza, cercano di mimetizzare la propria peculiarità e a lungo andare la perdono.

Secondo. Le vittime delle manifestazioni meno violente della coscienza nazionale ipertrofica considera-

no la propria peculiarità come causa sostanziale della propria inferiorità sociale e cercano di liberarsi di questa peculiarità.

Terzo. Sporadicamente alcuni individui del gruppo minoritario in condizioni indicate nei due punti precedenti si rendono conto della precarietà del loro inserimento nel gruppo maggioritario e quindi sentono il bisogno di dare delle prove del proprio attaccamento allo stesso. La prova più usuale è l'aggressività e l'aggressione stessa nei confronti del gruppo di origine.

Quarto. L'abbandono delle proprie peculiarità in condizioni indicate nei punti precedenti comporta naturalmente un senso di colpa in quanto ogni individuo si rende conto, anche se in diversi gradi di chiarezza di coscienza, di aver rinnegato una parte di sé stesso. Questo senso di colpa può rimanere a lungo allo stato latente e affiora soltanto alla presenza di qualcosa che ricorda all'individuo la sua origine e con ciò quanto di sé stesso ha rinnegato. La coscienza sporca (Gewissenangst) provoca allora delle turbe psichiche, delle crisi nervose che spesso sfociano in azioni violente come sfogo naturale di gravi tensioni interne. La violenza è di solito rivolta verso gli oggetti che hanno suscitato il turbamento, il risveglio della coscienza, pur non essendo la causa del turbamento.

L'attività della coscienza nazionale ipertrofica non si rivolge però soltanto verso le minoranze nazionali e verso le parti più coscienti delle minoranze, ma anche verso quelle linguistiche e verso le parti meno coscienti in quanto è palese che lo sviluppo naturale della coscienza linguistica porta necessariamente alla coscienza nazionale. Per impedire che ciò avvenga si cerca di deviare lo sviluppo della coscienza linguistica. I metodi sono diversi a seconda della diversa affinità linguistica tra il gruppo maggioritario e quello minoritario.

Quando l'affinità è notevole, si fa del tutto per far passare la lingua del gruppo minoritario per dialetto di quella del gruppo maggioritario. In una seconda fase si fa del tutto per far apparire il dialetto come un segno distintivo dell'inferiorità sociale di chi lo usa e lo abbandonano dello stesso come un passo decisivo sulla via dell'ascesa sociale.

Quando invece l'affinità non c'è o è minima, si cerca di convincere gli appartenenti al gruppo minoritario di parlare una lingua tutta speciale, magari esotica, che vera-

mente non ha niente a che vedere con quella del gruppo maggioritario, ma che allo stesso tempo è anche molto differente da quella parlata oltre il confine.

Inoltre si cerca di dare il maggior valore possibile ad altri fattori: alla adesione soggettiva al gruppo maggioritario, alla fedeltà agli interessi del gruppo maggioritario, ecc. In tal modo si arriva all'assurdo di considerare i più genuini appartenenti al gruppo maggioritario quelli che oggettivamente non lo sono, ma si professano tali (Bekennnisprinzip). La spiegazione « filosofica » di questo sovvertimento dei valori è, che mentre gli appartenenti oggettivi del gruppo maggioritario sono tali involontariamente e perciò senza proprio merito, gli appartenenti soggettivi lo sono in base a una scelta, per propria volontà e perciò con merito.

Tutti questi fenomeni di coscienza linguistica e nazionale deviata e degenerata non sono tuttavia dei fenomeni spontanei, dovuti alla libera scelta dei singoli individui, ma sono invece dei fenomeni stimolati dallo stato come organizzazione del gruppo maggioritario e come organizzazione gestita da persone che, cresciute nel periodo fascista, sono talmente compenstrate dalla coscienza nazionale ipertrofica, da non rendersene conto. Infatti anche persone che professano idee democratiche, cristiane, socialiste e comuniste non riescono a seguire il discorso sulla pari dignità sociale della lingua del gruppo minoritario e tirando a pretesto la sottosviluppata o deviata o degenerata coscienza linguistica e nazionale perfino negano l'esistenza di alcune minoranze linguistiche. Ad aumentare la confusione delle idee contribuisce anche la vecchia e non casuale confusione tra nazionalità (Volkszugehörigkeit) e cittadinanza (Staatsangehörigkeit) che solo qualche anno fa è stata bandita dai documenti personali ma che nell'opinione pubblica tuttora persiste.

I mezzi e i modi per stimolare i fenomeni sopra descritti sono molti:

In primo luogo la scuola, che si serve soltanto della lingua del gruppo maggioritario e cerca di inculcare agli alunni la convinzione che la loro parlata sia qualcosa di meno nobile, di secondaria importanza, buono per chi fa i lavori di minor prestigio sociale. Essendo la frequenza della scuola obbligatoria per otto anni, il fatto assume già l'aspetto di atto violento contro il gruppo minoritario ed in particolare contro la sua lingua.

In secondo luogo la radio e la televisione che trasmettono ridottissimi programmi nella lingua del gruppo minoritario e si servono di essa per lo più per le trasmissioni folcloristiche nel peggior senso del termine ridicolizzando così la lingua del gruppo minoritario. Anche qui per l'esistenza del monopolio il fatto assume l'aspetto di atto violento.

In terzo luogo le sovvenzioni dello stato ad enti ed organizzazioni che operano contro la lingua del gruppo minoritario impedendone lo uso, presentandola come un'antiquaglia da museo oggi giorno ormai in-

servibile. (qui occorre precisare che ogni lingua emarginata, bandita dalla vita pubblica cessa di svilupparsi ed è estremamente disonesto richiamarsi a questo scarso sviluppo per impedire la restaurazione della sua piena dignità sociale). Qui ci sono pure delle sovvenzioni dello stato ad enti ed organizzazioni che si sforzano a creare un'opinione pubblica contraria all'uso della lingua del gruppo minoritario, coltivano i sentimenti di superficialità allo stato e creano il clima di caccia al traditore della patria.

Un'altra questione essenziale, della quale bisogna pure tener conto, quando si tratta dei problemi delle minoranze, è quella della fedeltà allo stato, già affiorata nel corso di questa meditazione.

I gruppi minoritari sono spesso accusati di infedeltà già a priori. Infatti già con la loro stessa esistenza essi sarebbero una negazione della unità o almeno dell'uniformità dello stato. Quando poi pretendono di poter manifestare in pubblico questa loro diversità o reclamano quale loro diritto un tale trattamento da parte dello stato che riconosca ufficialmente e pubblicamente la loro esistenza e il loro diritto alla diversità, sarebbero già dei nemici della patria e rei di alto tradimento.

E qui conviene fare una precisazione sul termine patria. Gli stati volentieri confondono non soltanto i termini stato e nazione, ma anche i termini stato e patria. In realtà si tratta in ambedue i casi di due cose diverse. La patria non può essere che il territorio su cui risiede tradizionalmente la mia nazione e che può essere anche diviso tra diversi stati.

Per quanto poi riguarda il dovere di fedeltà allo stato le cose potrebbero essere viste, almeno teoricamente, nel seguente modo. Lo stato sarebbe la suprema organizzazione della popolazione di un dato territorio, organizzazione basata sul contratto sociale. Tutti gli associati hanno dei diritti e dei doveri che in un certo modo sono inscindibili. Si direbbe quasi che si tratta di diritti-doveri in quanto per esempio pagare le tasse è anche un diritto, come è anche un dovere partecipare alle elezioni.

Negli stati moderni il contratto sociale è indubbiamente la costituzione. Ora sappiamo che in una società che desidera apparire giusta le clausole dei contratti debbono valere egualmente per tutte le parti contraenti in quanto i doveri di una parte costituiscono i diritti dell'altra e viceversa. Il nostro codice civile dice per esempio espressamente che « nei contratti con prestazioni corrispettive, quando uno dei contraenti non adempie le sue obbligazioni, l'altro può a sua scelta chiedere l'adempimento o la risoluzione del contratto, salvo, in ogni caso, il risarcimento del danno ». E poi prosegue che « nei contratti con prestazioni corrispettive, ciascuno dei contraenti può rifiutarsi di adempire la sua obbligazione, se l'altro non adempie o non offre di adempire contemporaneamente la propria ».

Con l'inadempimento da parte di una delle parti contraenti si ha la risoluzione del contratto e l'altra parte contraente non è più tenuta

ad alcuna prestazione. Nel nostro caso l'inadempimento è grave essendo protratta già per alcuni decenni in cui le minoranze linguistiche hanno continuato ad adempiere tutti i doveri che loro derivano dalla costituzione. C'è poi l'aggravante che la tutela delle minoranze è un principio fondamentale della costituzione e quindi un punto pregiudiziale rispetto agli ordinari diritti e doveri dei cittadini, tra cui figura appena all'articolo 54 il dovere di fedeltà alla Repubblica.

In più c'è il fatto che l'inadempimento si basa sulla malafede in quanto lo stato nega che intere minoranze o parti di minoranze siano tali e giustifica questo suo comportamento con il fatto che quelle popolazioni sono integrate nella nazione e sono fedeli allo stato.

Difatti quando nel 1962 i Tedeschi della Valle d'Aosta e del Piemonte hanno chiesto all'onorevole Giulio Pastore di intervenire presso il governo a favore dell'insegnamento del tedesco nelle loro scuole elementari, questi ha risposto (in qualità di presidente del comitato ministeriale per le opere straordinarie nell'Italia settentrionale e centrale con lettera n. 93500/cc 4 del 3 novembre 1962) che « la concessione di una seconda lingua, oltre quella materna, è stata finora accordata esclusivamente a quelle regioni a statuto speciale che potevano rappresentare, nell'immediato dopoguerra, una grave minaccia per la integrità dello stato ».

Lo stesso concetto è stato ribadito, anche se in forma molto diversa, dal ministro degli interni in una risposta al senatore Terracini nell'ottobre 1971, quando ha detto che la tutela viene accordata soltanto a quelle minoranze che sono tutelate da accordi internazionali. Si tratta evidentemente di nuovo di quelle minoranze che nel 1945 e anche più tardi hanno minacciato i confini dello stato, « uno e indivisibile ».

Queste affermazioni si prestano ad alcune considerazioni. Da una parte le si può considerare come istigazione a delinquere contro la personalità internazionale dello stato (art. 241 e 302 del nostro codice penale). Dall'altra parte possono essere considerate come un riconoscimento della legalità di tali azioni quando esse sono commesse dalle minoranze che desiderano l'attuazione della costituzione. I fatti, la situazione attuale delle minoranze in Italia, confermano la seconda ipotesi.

Poi c'è il fatto che lo stato come organizzazione del gruppo maggioritario che non tiene conto dei diritti e delle esigenze del gruppo minoritario, non ha moralmente diritto di rinfacciare al gruppo minoritario il fatto che questo non senta lo stato come il proprio stato e ne agisca di conseguenza.

In ultimo ancora una considerazione sull'alto tradimento delle minoranze. Nella prospettiva di una Europa unita accusare di alto tradimento chi vuole passare da una regione all'altra per poter meglio realizzare i suoi fondamentali diritti umani non è che un misero provincialismo.

Samo Pahor

ZUR BILDUNGSPLANUNG

Um die zur Durchführung von Reformen notwendige Zusammenarbeit zwischen Lehrern, Eltern und behördlichen Instanzen zu erleichtern, haben die deutsch- und italienischsprachigen Beratungskommissionen für Bildungsplanung die Übereinkunft getroffen, in Zukunft fallweise eine Presseinformation herauszugeben mit dem Ziel, eine laufende Berichterstattung über die von ihnen ausgearbeiteten, den Schulbereich umfassende Reformprojekte zu gewährleisten.

Die erste Nummer dieser Presseinformation erschien im Mai 1973 und berichtet über die Vorprojekte für eine Bildungsplanung in Südtirol, die im Auftrag des Landesausschusses (Juni 1972) vom Institut für Erziehungswissenschaft und dem Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik der Universität Innsbruck ausgearbeitet und im Oktober 1972 dem Landesausschuß vorgelegt wurden. Dieser betraute am 29. Dezember 1972 die angeführten Institute mit der Durchführung der in den Vorprojekten dargelegten Forschungsvorhaben, die folgende Bereiche umfassen:

1. Institut für Erziehungswissenschaft:

- Repräsentative Erhebung bei den vierzehnjährigen Schülern aller drei Volksgruppen, um das Problem des Schulversagens und dessen Ursachen sowie das Ausmaß an regionaler, sozialer und ethnischer Benachteiligung zu erfassen.
- Die Lehreraus- und Weiterbildung, die größte Beachtung verdient, da ein Erfolg bei der Durchführung von Reformen nur durch verständnisvolle Mithilfe der Lehrer erzielt werden kann.
- Wissenschaftliche Unterstützung von Neuerungen und struktureller Verbesserungen im Bereich der Volksschule (die in enger Zusammenarbeit zwischen Eltern, Lehrern und Wissenschaftlern durchgeführt werden sollen).
- Untersuchungen und Betreuung des Vorschulsektors, wiederum in Zusammenarbeit von Eltern, Kindergärtnerinnen und Wissenschaftlern.

2. Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik

- Erstellung einer Schülerverlaufsstatistik.
- Erstellung einer Lehrerkartei (für alle Kategorien des unterrichtenden Personals in Südtirol).
- Erstellung einer Bedarfsanalyse an Schulräumen.
- Untersuchungen im Bereich der Wirtschaft Südtirols, um den zukünftigen Bedarf an Arbeitskräften nach Berufszugehörigkeit und Höhe der Ausbildung zu erfassen und dementsprechende Maßnahmen einzuleiten.

Diese Forschungsvorhaben, deren Ziel in einer Verbesserung der Schulsituation im Lande besteht, erfassen nur Teilbereiche des Bildungswesens und sollen durch weitere Untersuchungen in den nächsten Jahren ergänzt werden. Die Repräsentativuntersuchung durch das Institut für Erziehungswissenschaft der Universität Innsbruck bei den vierzehnjährigen Schülern aller drei Volksgruppen wurde an 29 (von insgesamt 40) deutschsprachigen und 15 (von 23) italienischsprachigen Mittelschulen durchgeführt, wobei ca. 960 Schüler an deutschsprachigen und 625 Schüler an italienischsprachigen Mittelschulen des Landes befragt wurden.

In den Schulen der ladinischen Täler wurden alle vierzehnjährigen Schüler befragt (209). Mit der Veröffentlichung der Ergebnisse dieser Untersuchung kann im Spätherbst gerechnet werden.

Das Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik hat im vergangenen Winter auch bei den Absolventinnen der Haushaltungsschulen Erhebungen durchgeführt, über deren Auswertung im Laufe dieses Jahres ein Gesamtbericht erscheinen wird.

Um die allmähliche Verwirklichung der Untersuchungsergebnisse sicherzustellen, wurden verschiedene

Organisationsstrukturen für die Bildungsplanung ins Leben gerufen:

- Wissenschaftliche Teams:
 - Institut für Erziehungswissenschaft der Universität Innsbruck.
 - Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik der Universität Innsbruck.
- Organisationsteam: befaßt sich mit den organisatorischen Arbeiten der Bildungsplanung:
 - für die deutsche Volksgruppe: Hellmuth Ladurner.
 - für die italienische Volksgruppe: Gilberto Gabrielli.
- Zwei Beratungskommissionen (die deutschsprachige besteht aus 9 Mitgliedern, Sekretär Hellmuth Ladurner; die italienischsprachige besteht aus 4 Mitgliedern, Sekretär Gilberto Gabrielli): sie verfolgen die Arbeiten der wissenschaftlichen Teams, besorgen die Informationstätigkeit und erstellen Empfehlungen.
- Bildungskommission: sie soll durch Beschluß des Landesausschusses eingesetzt werden und aus Vertretern der wissenschaftlichen Teams, der beiden Beratungskommissionen und aus Politikern zusammengesetzt sein und Empfehlungen der Beratungskommission verabschieden.

Das Sekretariat für Bildungsplanung hat im Mai 1973 die 1969/70 von Dr. Callegari und Dr. Kastlunger im Auftrag des Amtes für Wirtschaftsprogrammierung und Statistik der Südtiroler Landesregierung ausgearbeitete Studie « Statistische Erhebung über die Schulen Südtirols » veröffentlicht.

In den vergangenen Monaten haben eine Gruppe von Südtiroler Hochschülern und Lehrlingen in Zusammenarbeit mit Universitätsdozenten der Universität Padua (Fakultät für Statistik, Fakultät für Staatswissenschaften) eine Untersuchung unter Südtiroler Lehrlingen durchgeführt. Die Auswertung der Ergebnisse wird demnächst abgeschlossen sein.

Im April 1973 haben Professoren und Assistenten der Fakultät für politische Wissenschaften der Universität Bonn eine Befragung über die Probleme des Zusammenlebens der drei Volksgruppen in Südtirol durchgeführt.

Die zweite Nummer der von der Beratungskommission für Bildungsplanung herausgegebenen Presseinformation (Juni 1973) befaßt sich mit der Weiterbildung in Südtirol. Die Weiterbildung wird in Südtirol von freien Einrichtungen getragen, mit Unterstützung durch Land und Gemeinden, die die notwendigen Mittel bereitstellen. Um einen effizienteren Einsatz der vorhandenen Mitarbeiter sowie der Sach- und Geldmittel zu erreichen, beauftragte der Landesausschuß den Assessor für Schule und Kultur, einen Weiterbildungsplan als Teil eines Gesamtbildungsplanes zu erstellen. Mit der Ausführung der konkreten Arbeiten wurde ein Planungsteam unter dem Vorsitz des Referenten für Weiterbildung in Südtirol, Dr. Hans Kopfgüter, betraut. Dieser Bildungsplan soll nun nicht am grünen Tisch ausgearbeitet, sondern aus in der Praxis bewährten Modellen unter ständiger Verbesserung der Strukturelemente erstellt werden, wofür eine längere Zeitspanne (ca. drei Jahre) erforderlich sein dürfte.

Das Bildungsangebot muß so aufgefächert werden, daß jeder Südtiroler entsprechend seiner sozialen Lage, seinem Bildungsniveau und seinen persönlichen Bedürfnissen dazu befähigt wird, seine Probleme optimal zu lösen. Für die Ausarbeitung dieser Angebote, für ihre Konkretisierung und Bewertung wiederum soll eine aktive Beteiligung der jeweiligen Bevölkerungsgruppe erreicht werden.

Zu diesem Zwecke müssen die verschiedenen Weiterbildungsorganisationen ihre Ziele, Angebote und Methoden koordinieren und sich nach ihrem Bildungsauftrag und nach ihren Teilnehmern orientieren.

Helmut Gritsch

Leserbrief

Der Kulturreferent der SH, Sepp Kußstatscher, hat am 24. Mai d. J. folgenden Leserbrief an die «Dolomiten» geschrieben, der leider nicht veröffentlicht worden ist. Auf seinen Wunsch hin wird der Brief — wenn auch verspätet — hier abgedruckt, da die Thematik nach wie vor aktuell ist.

An die

Redaktion «DOLOMITEN»

39100 BOZEN

Weinbergweg 7

Ich ersuche Sie höflich um Veröffentlichung des folgenden Briefes.

«Ausweg: Erneuerung der SH»

Es ist nicht richtig, wenn wir Hochschul- unsere internen Streitereien öffentlich austragen. Ich glaube aber, daß eine Richtigstellung auf den Leserbrief «Ausweg: Erneuerung der SH» in den Dolomiten vom 22. Mai notwendig ist. Immer häufiger werden die Angriffe auf den Vorstand und Ausschuß der Südtiroler Hochschülerschaft, sowohl von außen als auch — besonders in letzter Zeit — von Hochschülern selbst. Wir vom Vorstand haben lange geschwiegen und die ganze Polemik nicht sehr ernst genommen. Da aber immer offensichtlicher eine politische Richtung im Hintergrund agitiert, muß die Öffentlichkeit auch einmal die andere Seite hören. Nun zum Leserbrief.

Es ist bedauerlich, daß auch ein paar Innsbrucker Studenten diesen Weg der Meinungsbildung gehen und so meinen, sich und ihren Kollegen, den Südtiroler Hochschülern, einen Dienst zu erweisen. Selbstverständlich haben alle ihr Recht (und die Pflicht), ihre Meinung zu äußern, und noch mehr das Recht (die Pflicht!), mitzuarbeiten. Mir ist nicht bekannt, daß jemals das Engagement oder die Meinungsäußerung einer Studentengruppe oder eines einzelnen vom SH-Vorstand oder Ausschuß her unterdrückt oder verhindert worden wäre. Im Gegenteil!

Ein typisches Beispiel ist die im nachhinein so stark kritisierte Re-

solution vom 7. März d. J. zum Problem der Werkstudentenkurse. Gerade die Studienkollegen aus Innsbruck haben dabei im Ausschuß geschwiegen und sind vor der Abstimmung weggegangen. Als unehrlich, verantwortungslos, ja geradezu frech bezeichne ich es, wenn dann diese schweigenden Ausschußmitglieder den Artikel «Universitätsstudenten — Südtirols Stiefkinder» mit einer massiven Anschuldigung der «SH-Vertreter» (veröffentlicht im Skolast 1973, 2, S. 14) mit unterschrieben haben.

Sicher stimmt es, daß die Kommunikation zwischen dem Vorstand und den Hochschülern mangelhaft ist. Warum wohl? Zunächst sind wir vom Vorstand schuld daran, daß wir nur neben unserem Studium ehrenamtlich eine Aufgabe für die SH übernommen haben. Und unter den Vorstandsmitgliedern trifft es vor allem den Innenreferenten, der es aber als Innsbrucker Student auch für wichtiger erachtete, das obengenannte Pamphlet zu unterstützen, als am rechten Ort und zur rechten Zeit was zu sagen und zu tun. — Vor allem aber haben die Dolomiten selbst viel Mißverständnis durch die einseitige Berichterstattung in den Fragen der Hochschulpolitik heraufbeschworen, speziell was die Werkstudentenkurse angeht. — Ein weiterer Grund, daß viele Kollegen darüber nicht informiert sind, was die SH-Führung macht, ist aber sicher auch die Interessellosigkeit des einzelnen. Auch die Kollegen Fontana, Parteli usw. wissen genau, daß z. B. Ausschußsitzungen öffentlich zugänglich sind und daß dabei die Tätigkeit des Vorstandes immer wieder vorgelegt und eingehend durchdiskutiert wird.

Interessant, daß die Schreiber des genannten Leserbriefes und auch andere, zwar nicht Mitglieder der SH sein wollen, aber doch mitbestimmen möchten (jetzt zum Beispiel den neuen Ausschuß und somit den neuen Vorsitzenden mitwählen möchten). Liegt der Grund dieses Verhaltens nur am Mitgliedsbeitrag?

Ich erlebte schon einige Male, daß jemand nur wegen der 1.500 Lire nicht Mitglied geworden ist und dabei meinte: «Ich habe keine

Vorteile, wenn ich Mitglied bin!» das heißt also: Die Studientitelanerkennung genieße ich trotzdem; für mein Stipendium setzt sich die SH trotzdem ein; wenn ich Information brauche, Schwierigkeiten mit den Militärbehörden habe, kann ich auch als Nicht-Mitglied ins SH-Sekretariat kommen; wenn eine Studententagung abgehalten wird, wenn Ferialbeschäftigungen ausgeschrieben werden, usw., ich genieße ja trotzdem alle Vorteile wie jedes Mitglied. Ich bin doch kein Idiot und bezahle den Mitgliedsbeitrag. Da trinke ich lieber zehn Bier. — Diese Leute sind gleich unsozial und undemokratisch wie jemand, der nicht zur Gewerkschaft geht, weil seine Arbeitskollegen sich ja automatisch auch für ihn einsetzen.

Gerade jene mit solcher Mentalität bedauern, daß der «kleine Stock der SH-Mitglieder» für die Südtiroler Hochschüler nicht repräsentativ ist. Ist das ganz ehrlich? Ich frage vor allem die Kollegen in Innsbruck: Was macht ihr in eurer Hochschulgruppe? Kann für die Tätigkeit oder Untätigkeit einer Gruppe immer der Vorstand in Bozen verantwortlich gemacht werden?

Auch unter dem Vorwand, daß der Ausschuß repräsentativer werde, schreibt man sofort einen Leserbrief an die Dolomiten, sammelt Unterschriften und schlägt an der Innsbrucker Uni die Forderung nach *allgemeinem Wahlrecht* an das schwarze Brett.

Ich finde es einfach naiv, wenn man meint, daß dies der «echte Ausweg aus der katastrophalen Lage» ist. Im Leserbrief vom 22. Mai wird auch folgender «Ausweg» vorgeschlagen: «Die Erneuerung der SH, wobei jeder verantwortungsbewußte Student zur Mitarbeit bereit sein muß». Das möchte ich auch ganz fest unterstreichen.

Aber bedauerlicherweise haben sich gerade die Unterfertigten in ihrem Verantwortungsbewußtsein noch zu wenig zur Mitarbeit gemeldet.

Kulturreferent der SH
Sepp Kußstatscher

Villanders, St. Moritz 67
24. Mai 1973

Promotionen

BERGER Franz,
St. Walburg/Ulten

Sponsion zum Magister der Theologie an der Universität Innsbruck.

EBNER Manfred,
Meran

Graduierung zum Diplom-Ingenieur, Fachrichtung Bauwesen, an der Technischen Hochschule Graz.

ERLACHER Albert,
Pikolein

Promotion zum Doktor der Philosophie, Fachrichtung Geschichte, an der Universität Innsbruck. Dissertationsthema: «Beamten-schematismus der drei oberösterreichischen Wesen in den Jahren 1632-1646».

FLECKINGER Roland,
Sterzing

Graduierung zum Diplom-Ingenieur, Fachrichtung Bauwesen, an der Technischen Hochschule Wien.

FLORINETH Florian,
Mals

Promotion zum Doktor der Philosophie, Fachrichtung Botanik und Mineralogie, an der Universität Innsbruck. Dissertationsthema: «Steppenvegetation im oberen Vinschgau — Grundlagen für Aufforstungszwecke».

- GATTERER Alois, Ehrenburg**
Promotion zum Doktor der Philosophie, Fachrichtung Physik, an der Universität Wien.
- HOFER Georg, Bozen**
Promotion zum Doktor der Handelswissenschaften an der Universität Florenz. Dissertationsthema: «Vergleiche und Probleme der Weinkellerreigenossenschaften in Italien und in der BRD».
- HOLZGETHAN Anton, Meran**
Sponsion zum Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften an der Universität Innsbruck. Diplomarbeit: «Der Fremdenverkehr im Vinschgau».
- JUD Anna, Oberolang**
Promotion zum Doktor der Philosophie, Fachrichtung Geschichte, an der Universität Innsbruck.
- JUG Valentin, Bozen**
Sponsion zum Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften an der Universität Innsbruck.
- KARNER Alois, Prad**
Graduierung zum Diplom-Ingenieur für Forstwirtschaft an der Hochschule für Bodenkultur Wien.
- KUBICEK Heinz, Bozen**
Graduierung zum Diplom-Ingenieur, Fachrichtung Elektrotechnik, an der Technischen Universität München.
Diplomarbeit: «Simulation einer veränderlichen Schwungmasse auf elektronischem Weg».
- MARTH Egon,**
Promotion zum Doktor der Philosophie, Fachrichtung Biologie, an der Universität Graz. Dissertationsthema: «Über ein durch proteolytische Spaltung gewonnenes antikörperaktives Bruchstück der Immunglobulin G».
- MAYR Walter, Deutschnofen**
Graduierung zum Diplom-Ingenieur, Fachrichtung Maschinenbau, an der Technischen Hochschule Wien.
- PUNTER Hans, Mals**
Promotion zum Doktor der Rechtswissenschaften an der Universität Innsbruck.
- REINSTADLER Ulf, Sulden**
Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Innsbruck.
- SEGNA Oswald, Bozen**
Graduierung zum Diplom-Ingenieur für Wirtschaftsingenieurwesen, Fachrichtung Maschinenbau, an der Technischen Hochschule Graz. Diplomarbeit: «Optimierung von Anreißtechniken in der Einzelfertigung».
- SILBERNAGL Josef, Sels**
Promotion zum Doktor der Philosophie, Fachrichtung Geschichte, an der Universität Innsbruck. Dissertationsthema: «Die nachtridentinischen kirchlichen Verhältnisse in der Diözese Brixen von 1614-1662 im Spiegel der Visitationsprotokolle».
- STEINMAIR Helmuth, Welsberg**
Promotion zum Doktor der Philosophie, Fachrichtung Geschichte, an der Universität Innsbruck. Dissertationsthema: «Der Anteil Tirols am Siebenjährigen Krieg (1756-1763)».
- STROBL Oswald, Toblach**
Promotion zum Doktor der Philosophie, Fachrichtung Geschichte, an der Universität Innsbruck.
- TASSER Raimund, Rehn**
Promotion zum Doktor der Philosophie, Fachrichtung Geschichte, an der Universität Innsbruck.
- TUTZER Oswald, Bozen**
Graduierung zum Diplom-Ingenieur, Fachrichtung Maschinenbau, an der Technischen Hochschule Graz. Diplomarbeit: «Drehschwingungen eines Viertakt-Diesel-Dreizylinders».
- WACHTLER Margit, St. Lorenzen**
Promotion zum Doktor der Philosophie, an der Universität Innsbruck. Dissertationsthema: «Der Epilog in der Römischen Rhetorik».
- WALDNER Raimund, St. Valentin auf der Haide**
Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Wien.
- ZELGER Oswald,**
Sponsion zum Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften an der Universität Innsbruck.
- ZIPPERLE Horst, Meran**
Graduierung zum Diplom-Ingenieur, Fachrichtung Bauwesen, an der Technischen Hochschule Graz.
- ZONTA Renate, Branzoll**
Promotion zum Doktor der Philosophie, Fachrichtung Germanistik, an der Universität Innsbruck. Dissertationsthema: «Die zwischenmenschlichen Beziehungen im Werk von Max Frisch, dargestellt am Problem der Liebe und Ehe».

skolast

Südtiroler Hochschülerzeitschrift

Herausgeber und Verwaltung:
Südtiroler Hochschülerschaft,
39100 Bozen, Waltherhaus, Tel. 24 6 14

Redaktion: HELMUT GRITSCH
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: WALTER FILL

Druck TEZZELE - Leifers - Bozen

Anzeigenpreis: die 60mmbreite Zeile L. 60

Skolast, 4—6 Hefte im Jahr Einzelpreis Lire 300.-

Abonnement: Italien Lire 1500
Österreich öS 70
Deutschland DM 12

Italien: Postsparkasse Konto Nr. 14/1177, Bozen

Österreich: Creditanstalt - Bankverein Innsbruck
Konto Nr. 89-64371

Deutschland: Bayrische Staatsbank, München, Konto Nr. 94-098

Die Artikel geben die Meinung der Autoren wieder.

Eintragung: Landesgericht Bozen R. St. 1/56, Erlaß vom 18. Juni
1956 - Sped. in abb. post. - Gruppo IV, 70%.
